

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für
 Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf.
 Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf.
 (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
 beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf.
 Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr
 Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-
 Bureau, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Auswanderungsfreiheit.

Die Konservativen sind im besten Zug, das Wort Börne's wahr zu machen, daß jeder Deutsche seinen Gendarmen mit sich in der Brust herumtrage. Zwar giebt es glücklicher Weise Deutsche genug, die von den konservativen Bestrebungen nichts wissen wollen; es fehlt den Junkern und Großgrundbesitzern aber nicht an dem aufrichtigsten Willen, das Rad der modernen Entwicklung rückwärts zu drehen und uns in mittelalterliche Zustände zu versetzen. Das wird nicht gelingen, wenigstens niemals auf die Dauer, aber die Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, sie sind vorhanden und bleiben ein mahnendes Zeichen dafür, was an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts noch Alles möglich ist.

Als jüngst der Bruder des Ministers von Puttkamer, der Herr von Puttkamer-Plauth, gegen die Auswanderungsfreiheit sprach, da dachte man so recht der Heine'schen Verse: Das mahnt an das Mittelalter so schön,

An Edelknechte und Knappen“ etc.,
 und wenn man die Rede des Herrn von Puttkamer-Plauth mit den modernen Anschauungen vergleicht, so findet man da dasselbe Verhältnis, wie zwischen dem Drummen eines mittelalterlichen Nachwächterhorns und dem Piff einer flotten Lokomotive.

Ja, es war eine schöne Zeit für die Herren Junker, als Deutschland auf der Karte einst wie ein buntesgeflicktes Tappan aussah und Hunderte von kleinen Staaten ihre Interessen mit einander kreuzten. Da saßen sie auf ihren Burgen und Schlössern, die kleinen Territorialfürsten, oder die geistlichen Herren in ihren Palästen. Der Bauer, dem sie angeblich ihren „Schutz“ verliehen, hatte diesen „Schutz“ theuer zu bezahlen; besser hatte es schon der Städter, der sich in starken Gemeinschaften hinter festen Mauern barg. Der Bauer aber hatte den Behnten zu geben, Frohndienste zu leisten und Steuern sowie die hundertlei Abgaben zu zahlen, welche die eifrigerische Jagier der Feudalherren forderte. Natürlich mußte dem Feudalherrn daran gelegen sein, daß seine Bauern ihm nicht davon liefen, denn wenn er sie nicht in seinem „Schirm“ hatte, konnte er ihnen weder Behnten noch Zinsen abnehmen und sie konnten auch nicht für ihn frohndienen. Da kam es vor, daß solch ein Gewaltiger, der über eine Quadratmeile Gebiet herrschte, seinen Unterthanen die Auswanderung bei Todesstrafe verbot. Wirklich waren solche Verbote freilich nicht immer.

Der Standpunkt des Herrn von Puttkamer in der Auswanderungsfrage ist nicht sehr verschieden von dem der mittelalterlichen Feudalherren. Allerdings steht der Bruder des Ministers damit nicht vereinzelt da; seine Ansichten

werden von Vielen getheilt und die Auswanderungsfreiheit ist — leider muß man es sagen — noch keine alte Errungenschaft. Sah sich doch noch das Frankfurter Parlament 1849 veranlaßt, die Auswanderungsfreiheit ausdrücklich zu dekretiren!

Herr von Puttkamer-Plauth meinte, in Ostpreußen liefen die Tagelöhner den Gutsherren davon und wanderten aus; diesem Zustande müsse man mit gesetzlichen, resp. polizeilichen Mitteln entgegenreten. Das Zugeländniß ist recht interessant. Warum laufen denn die Tagelöhner und Knechte davon? Doch jedenfalls nur deshalb, weil die Bezahlung und Behandlung bei den hochkonservativen Großgrundbesitzern eine solche ist, daß sie es nicht aushalten können. Man weiß, daß diese Leute sich nicht allzu leicht zur Auswanderung entschließen und oft nur mühsam die dürftigsten Mittel dazu ausbringen können. Wenn sie also dennoch massenhaft auswandern, so ist das ein sehr schlechtes Zeugniß für ihre Arbeitgeber.

Wenn Herr von Puttkamer sich auch über die zunehmende Auswanderung von Militärpflichtigen beklagte, so wollen wir ihn ein sehr einfaches Mittel angeben, das voll auf genügt, um da Wandel zu schaffen — er sorge nur dafür, daß die Dienstzeit abgekürzt wird. Wenn die Dienstzeit nicht länger wäre, als zu den Zeiten von Scharnhorst und Sneyenau, würde man keine solche Massenflucht von Militärpflichtigen sehen.

Wer möchte überhaupt die Massenauswanderungen anders auffassen als soziale Erscheinungen, die mit den jeweiligen sozialen Erscheinungen in Wechselwirkung stehen? Dagegen helfen keine Polizeimaßregeln, wie sie Herr von Puttkamer-Plauth verlangt. Da war sein Parteigenosse, der ältere Minister Culenburg, doch ein weit einsichtigerer Mann. Dieser erfaßte das Wesen und die wahren Ursachen der Auswanderung. Auch er war konservativ, allein er sah die Vergeblichkeit von Polizeimaßregeln gegenüber der massenhaften Auswanderung ein. „Wenn man das Volk von der Auswanderung abhalten will“, sagte er, „so muß man ihm seine Heimath lieb machen.“

Ein wahres Wort. Allerdings sind die Puttkamer-Plauth und Genossen nicht geeignet, dem Volke die Heimath lieb zu machen; sie bewirken, wie sie selbst eingestehen, das Gegentheil. Das ist bezeichnend genug.

Politische Uebersicht.

Der Reichstag wird sich nach Ansicht des Präsidiums am Donnerstag bis zum 8. Januar 1886 vertagen. Auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien wird voraussichtlich die erste Verathung der Vorlage betreffend den Nordostkanal gesetzt werden.

ich in dem umfassenden Zeugenvorhör zu finden, welches ich nach einigen Tagen anordnen werde.“

Der Polizeipräsident hatte gedankenvoll seine Hand schube angezogen, er nahm jetzt seinen Hut, und auch Siegfried trat Anstalten, das Bureau zu verlassen.

„Noch Eins“, sagte der Präsident, rasch das Haupt erhebend, „darüber, ob Rabe Gift besessen hat, und wie er in den Besitz desselben gekommen ist, habe ich nichts erfahren können. Rabe soll in früheren Jahren sich viel mit chemischen Experimenten beschäftigt, auch ein kleines Laboratorium besessen haben. — Sie wissen ja, daß er Medizin studiren wollte, und da mag die Chemie ihn besonders angezogen haben. Wie weit seine Kenntnisse auf diesem Felde gediehen sind, und ob er auch in der jüngsten Zeit noch experimentirt hat, weiß ich freilich nicht.“

„Es genügt, daß er chemische Kenntnisse besitzt und selbst Präparate machen kann.“

„Sie haben die Sezierung der Leiche nicht beantragt?“

„Nein, ich wollte den Wunsch der Generalin ehren, das Gutachten des Arztes genügt mir, die Richtigkeit desselben werden die Richter auch später nicht bezweifeln.“

Der Präsident entfernte sich, bald nach ihm verließ auch Siegfried das Gerichtsgebäude.

Er war seit einigen Tagen nicht mehr in der rothen Traube gewesen, heute zog es ihn hin, er hoffte Bekannte dort zu finden, mit denen er eine Stunde verplaudern konnte. Er fühlte das Bedürfnis, seinen Gedanken eine andere Richtung zu geben, sich zu zerstreuen und zu erheitern, und das konnte er am besten, wenn er vor einem Glase Wein saß.

Wie er es erwartet hatte, traf er den Justizrath Walther bereits in der Gaststube, und der alte Herr schien sehr erfreut, ihn wieder einmal zu sehen.

„Haben sich lange nicht sehen lassen“, sagte er, während er dem Assessor die Hand drückte, „wohl bei der künftigen Gemahlin gewesen, wie?“

„Nein, das nicht!“ lachte Siegfried. „So weit sind wir noch nicht, und wer weiß, ob wir auch bald dazu kommen! Es war eben viel zu thun: ein Raubmord, zwei Einbrüche, ein betrügerischer Bankrott und eine schwere

Die feindliche Stellung zu dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, welche der konservative Herr v. Hellendorff im Reichstage einnahm, hat in der Presse eine lebhafteste Diskussion wachgerufen. Während einige konservative Organe den Abgeordneten von Hellendorff wegen seiner Stellungnahme zu der Frage des allgemeinen Stimmrechts geradezu zu verleugnen suchen und ausdrücklich konstatiren, daß Herr von Hellendorff bezüglich dieses Punktes nicht im Namen der konservativen Partei gesprochen, während die „N. N. Z.“ im Namen des Herrn von Hellendorff selbst seine Aeußerungen zurückdeutelt, fehlt es im Lager der Konservativen auch nicht an Stimmen, welche sich offen zu der Ansicht des Herrn von Hellendorff bekennen und dessen Ausspruch zu dem ihrigen machen; nur dagegen glauben sie sich verwehren zu müssen, daß es in der Absicht der Konservativen läge, schon a l s b a l d gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht Sturm zu laufen. So erklärt die konservative Wahl-Korrespondenz ganz offen, daß die Konservativen ohne Ausnahme keine Freunde dieses demokratischen Wahlrechts sind, nur bei der gegenwärtigen Lage der Dinge denken sie nicht daran, die Erlegung desselben durch ein anderes Verfahren vorzuschlagen. Das heißt doch mit anderen Worten nichts anderes, als, so lange wir der Majorität des Reichstags für eine Beseitigung dieses unsympathischen Wahlrechts nicht sicher sind, werden wir an demselben nicht rütteln. Eine Berufsvortretung sei das eigentliche Ideal der Konservativen. Ueber das, was diese Herren wollen, kann wohl kaum noch ein Zweifel obwalten.

In Sachen der freien Hilfskassen begab sich, wie wir seiner Zeit mittheilten, eine Deputation aus Hamburg zu dem Herrn Minister von Bötticher, um diesem verschiedene Wünsche in Bezug auf die freien Kassen in Form einer Petition vorzulegen, insbesondere aber, um Beschwerde über das Verhalten der sächsischen Behörden den freien Kassen gegenüber zu führen. Bekanntlich wollen die Ortsklassen in Dresden die freien Kassen nicht anerkennen, die Behörden, welche diese Kassen in Dresden verwalten, verlangen von den Mitgliedern der freien Kassen, daß sie auch in die Ortsklassen zahlen sollen und drohen im Weigerungsfalle mit Exekution. Nach Angabe der Deputation hat sich der Herr Minister hierzu folgendermaßen geäußert: „Die Mitglieder der freien Kassen in Dresden brauchen nicht die zu Unrecht von ihnen verlangten Beiträge zur Ortsklasse zu zahlen; sie sollten, wenn sie bei den sächsischen Behörden kein Recht bekommen könnten, es allenfalls auf Exekution ankommen lassen und mit gerichtlichen Klagen vorgehen; die abgepreßten Beiträge müßten ihnen schließlich (natürlich sammt den Unkosten) zurückerstattet werden, einerlei, ob sie inzwischen Unterstützung aus der Orts-Krankenkasse erhalten hätten oder nicht.“ (Diese Antwort des Ministers ist in verschiedenen Blättern, so auch im „Sächs. Wochenblatt“ zum Abdruck gelangt. Den Behörden der Ortsklassen in Dresden war dies natürlich recht unangenehm und der Vorsitzende des Verbandes der Ortskrankenkassen I bis VII zu Dresden fand sich veranlaßt, an den Minister v. Bötticher eine Anfrage zu richten, auf welche folgende Antwort erfolgte ist:

„Berlin, 8. Dezember 1885. Dem Vorstände erwidere ich auf die gefällige Eingabe vom 3. d. M., betreffend das dem

Mißhandlung, ich denke, das waren Sachen genug für die wenigen Tage.“

„Um, eigentlich zu viel. Verbrechen und Rohheiten nehmen überhand, Kerle aufhängen, wäre das Beste!“

„Wenn sie alle gehangen würden, verdienen Sie gar nichts!“

„Unstar, außerdem noch Prozesse genug!“

„Dann müßte der Amerikaner auch schon baumeln!“

„Der?“ erwiderte der Justizrath ärgerlich. „Können sagen, was Sie wollen, er ist schuldlos. Wollen uns nicht aufregen, Assessor, Endresultat abwarten. Oberst jetzt mit der Generalin ausgezöhnt?“

„Es scheint, daß er sogar sehr mit ihr befreundet ist.“ sagte Siegfried, während er sein Glas erhob, um die Farbe des Weines zu prüfen; „seitdem er in sein Stammesloß übergesiedelt ist, habe ich ihn nicht wieder gesehen. Er fehlte sonst nie auf der Parade —“

„Verwaltungsgeschäfte!“

„Ich kann nicht wohl glauben, daß er ihnen den ganzen Tag widmen wird, überdies steht ihm ein Verwalter zur Seite.“

„Hat einen brauchbaren Mann gefunden?“

„Ja, wenigstens glaube ich, daß der Mann in seinem Fache tüchtig ist!“

„Uebnahme der Verwaltung glatt abgelaufen?“ forschte der Justizrath.

„Das weiß ich nicht, wie gesagt, ich habe meinen Vater seitdem nicht mehr gesprochen. Haben Sie nichts mehr über den Wechsel gehört, den die Generalin von Ihnen reklamirte?“

„Nein, Generalin seitdem nicht mehr gesehen. Wird sich mit ihrem Bruder wohl auseinander gesetzt haben.“

„In einer Weise, die zum Bruch geführt hat!“ erwiderte Siegfried mit gedämpfter Stimme. „Der Bruch ist eine Thatsache, es war vorauszu sehen, daß es so weit kommen würde. Mit den Lossows wird's auch nicht lange Stand halten.“

„Glaube ich auch nicht.“

„Haben Sie Näheres gehört?“

„Nein — Teufel, was will Der hier?“

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von

Ewald August Adnig.

(Fortsetzung.)

„Und hat er auch gesagt, wie er in den Besitz dieses Geldes gekommen ist oder zu kommen gedenkt?“

„Er will eine Erbschaft gemacht haben.“

„Das ist eine wohlfeile Ausrade —“

„Mit der er uns nicht hinter's Licht führen kann, Sie haben Recht“, erwiderte der Präsident. „Mit leichter Mühe wird ihm nachgewiesen werden können, daß er eine so bedeutende Erbschaft nicht gemacht hat, aber er kann nicht gezwungen werden, den Erwerb des Geldes nachzuweisen, wenn nicht ein bestimmter Verdacht gegen ihn vorliegt.“

„Er wird das Geld von Ra be erhalten, es ist der Preis für seine Verschwiegenheit.“

„Kann sein, aber wie wollen Sie es beweisen? Rabe kann diese Summe seinem früheren Kammerdiener gegen gute Bürgschaft und landesübliche Zinsen leihen, dagegen könnte Niemand etwas einwenden.“

„Er hat selbst nichts!“

„Dieser Behauptung kann er mit der Erklärung entgegen treten, er sei nicht verpflichtet, über sein Vermögen Aufschluß zu geben“, sagte der Präsident, indem er sich erhob. „Alle Entscheidungen, die wir bis jetzt gemacht haben, sind wohl geeignet, den Verdacht gegen Rabe zu befähigen, aber einen Beweis finden wir in ihnen nicht.“

„Wir werden auch Beweise finden.“

„Vertrauen Sie darauf so zuversichtlich?“

„Ich zweifle jetzt nicht mehr daran“, erwiderte Siegfried. „Ich bitte Sie noch einmal, sehen Sie Ihre Beobachtungen fort, ich werde ebenfalls fortfahren, der Sache meine ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Die Entscheidung hoffe

„Sächs. Wochenblatt“ Nr. 48 vom 28. November d. J. be-
gegebene Extrablatt, das „Sächs. Wochenblatt“ hatte die An-
wort des Ministers auf die Beschwerde der Deputation in
einer Extrabeilage mitgeteilt) das Folgende ergebnis: Die
mir von den Vorständen mehrerer eingetragener Hilfsklassen
überreichte Eingabe, in welcher über die Heranziehung von
Mitgliedern dieser Klassen zu Ortsratssitzungen in Dresden
Klage geführt wird, ist der königlich sächsischen und der kaiser-
lich preussischen Regierung mit dem Ersuchen um Prüfung der
Beschwerdepunkte und um eine Aeußerung über das Ergebnis
dieser Prüfung mitgeteilt worden. Diese Aeußerungen sind
bisher noch nicht eingegangen. Es liegt in der Natur der
Sache, daß ich ohne Kenntnis dieser Aeußerungen über die
Begründung oder Nichtbegründung der erhobenen Beschwerden
nichts nicht aussprechen kann. Auch der Deputation gegenüber,
von welcher mir die bezeichnete Eingabe überreicht wurde, habe
ich eine solche Aussprache über den Grund oder Grund der
Beschwerden vermeiden und mich namentlich auch in der in
dem Extrablatt angegebenen Weise nicht ausgesprochen, mich
vielmehr auf die Zusage einer wohlwollenden Prüfung der
Eingabe und auf den Hinweis beschränkt, daß denjenigen Per-
sonen, welche ihrer Meinung nach zu Unrecht zu Beiträgen an
die Ortsklassen herangezogen seien, der im Krankenversicherungs-
gesetz zugelassene Rechtsweg offenstehe. Der Staatssekretär
des Innern v. Böttcher.“

Wem soll man nun Glauben schenken, der Deputation
oder dem Herrn Minister? — Auf den Ausgang der Sache
kann man einigermaßen gespannt sein.

Aus Thüringen wird unterm 12. Dezember gemeldet:
Bei einer in Salungen vorgenommenen Ertragswahl zum
Gemeinderath, bei welcher zwei Mitglieder zu wählen waren,
hatten alle politischen Parteien Kandidaten aufgestellt. Das
Ergebnis war, daß ein schon bisher dem Gemeinderathe Ange-
höriger nationalliberaler Richtung wiedergewählt und ein
Sozialdemokrat neugewählt wurde.

Zum Branntweinmonopol. Als ganz positiv kann jetzt
der Münchener Korrespondent der „Frl. B.“ mittheilen, daß
der preussische Finanzminister Scholz in München war, mit dem
Ministerium in Sachen des Branntweinverkaufs-Monopols
unterhandelt und dasselbe für die Pläne Preußens gewonnen
hat. Die bairischen Minister (fügt der Korrespondent hinzu)
sind schon lange daran gewöhnt, die Berliner Wünsche getreu
zu erfüllen.

Auch in Neu-Guinea und den benachbarten Insel-
gruppen scheint die deutsche Kolonial-Politik nicht vom
Glücke begünstigt zu sein. Fast jeder der deutschen Dampfer,
welche die Gegend besuchten, hat Unfälle durch Auffahren und
Leckwerden an Korallenriffen erlitten, wie sich dies ja auch vor
der Karolineninsel Nap ereignete. Wie der „Hamburgischen
Hörnerhalle“ aus Sidney vom heutigen Tage gemeldet wird,
ist nun auch der nach Neu-Guinea entsandte neue Dampfer
der Neu-Guinea-Gesellschaft „Papua“ in der Torres-Strasse
auf dem Ozean-Riff verunglückt. Glücklicherweise ist die ge-
samte Mannschaft gerettet worden. — Es ist auffällig, daß
diese Unfälle in neuerer Zeit der deutschen Marine so oft zu-
stießen, während dergleichen von englischen und französischen
Schiffen ungleich seltener bekannt wird.

Magdeburg, 15. Dezember. Die auf gestern Abend in
der Flora aberaumte öffentliche Versammlung, in welcher
der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Schu-
macher aus Solingen über das „Unfallversicherungs-
gesetz“ und „Gewerblich-Gerichte“ sprach, auf Grund des
Gesetzes über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozial-
demokratie verboten worden. — Daß eine Versammlung,
welche sich mit den Werken der „positiven“ Sozialreform be-
schäftigen wollte, verboten wird, ist recht bezeichnend.

Oesterreich-Ungarn.
Aus Pest, 14. Dezember, wird telegraphisch: Das un-
garische Unterhaus nahm mit 215 gegen 130 Stimmen den
Gesetzesentwurf betreffend die Verlängerung der Mandatsdauer
auf 5 Jahre an.

In Agram (Kroatien) wurde am Sonnabend der
Kandidat der Opposition, Derencin, mit einer Majorität von
9 Stimmen in den Landtag gewählt. Der Gewaltthat, mit dem
die kroatische Regierung vor 14 Tagen noch in letzter Stunde
den Wahltermin hinausgeschob, um für ihren Kandidaten noch
gründlicher agitieren zu lassen, hat also keinen Nutzen gebracht.
Derencin war unter dem vorigen Bonus-Sektionschef, gehörte
also zu den höchsten Regierungsbeamten. Als er von seinen
Wählern begünstigt wurde, hielt er eine Ansprache, in welcher
er hervorhob, daß er die Wahl nicht seiner Person, sondern
den oppositionellen Prinzipien verdanke. Durch diese Wahl
protestire die Nation dagegen, daß Kroatien das Paschali
eines Fremden werde.

Belgien.
Die endlich erfolgte Erledigung der Frage, betreffend den
Anlagehafen für die subventionirten Postdampfer, hat in Bel-
gien große Befriedigung hervorgerufen. Das offizielle „Jour-
nal de Bruxelles“ feierte, einer Privatdepesche der „Post“ zu-
folge, die Wahl Antwerpens als einen Akt besonderer Freund-

schaft der deutschen Regierung und als einen vorläufigen Be-
weis intimer Annäherung Belgiens an Deutschland. Das
belgische Ministerium hat sich nach einer anderen Meldung bei
der Wahl Antwerpens ausdrücklich dazu verpflichtet, die deut-
schen Dampferlinien von sämtlichen Hafens, Loosten- und son-
stigen Abgaben freizulassen.

Dänemark.
Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß ein Kirchspielrath
im nördlichen Jütland beim Amtsrath (Kreisrat) angefragt
habe, ob die Kommune verpflichtet wäre, unter dem provisori-
schen Finanzgesetz Steuern zu zahlen. Mit 6 gegen 4 Stimmen
hat nun der Amtsrath die Frage bejaht und hinzugefügt, daß
etwaige Weigerer zur Verantwortung gezogen werden können.
Die gleiche Antwort ist mit 5 gegen 3 Stimmen einigen Kirch-
spielräthen der Insel Vangeland vom Amtsrath in Svendborg
gemeldet worden mit dem Zusätze, daß, wenn die Kirchspielräthe ihre
Pflicht nicht erfüllen und Unkosten durch Ausspändung und
Prozesse entstehen, diese Unkosten nicht in die Rechnungen der
Kommune gesetzt werden dürfen.

Großbritannien.
Barnell ist der Held des Tages. Er soll sich vor einiger
Zeit, als seine Vorschläge in Bezug auf eine Selbstregierung
Irlands von der englischen Regierung zurückgewiesen wurden,
dahin geäußert haben: „Wenn die Herren nicht wollen, daß
wir uns regieren, gut, dann werden wir sie regieren.“ Barnell
hat Recht gehabt, der Moment, wo die Irländer ausschlag-
gebend sind, ist da. Von beiden Seiten, von liberaler sowohl
als von konservativer, blüht man um seine Gunst. So wird
aus London gemeldet: „Zwischen Gladstone und
Barnell schweben Unterhandlungen, welche bezwecken, ein
Amendement zur Adresse zu Gunsten der Homerule für Irland
zu beantragen, das die liberale Opposition und die Barnelliten
gegen die Regierung vereinigen würde. Sollte eine solche
Vereinigung bewerkstelligt und die Regierung dadurch ge-
schlagen werden, so dürfte Salisbury nicht demissioniren, son-
dern das Parlament auflösen, und zwar aus dem
Grunde, weil das gegenwärtige Parlament ohne ein Mandat
in Bezug auf irische Homerule gewählt worden ist.“ — Was
die Barnelliten unter „Homerule“ in Irland verstehen, hat
Mr. T. P. O'Connor, der als die rechte Hand Barnell's gilt,
neulich einem Interviewer von der „Ball Mall Gazette“ er-
läutert. Irland soll wie Kanada sein. Im Reichsparlament
sollen keine irischen Mitglieder sitzen. Ferner soll Irland
keine Beiträge zu den Reichsausgaben liefern und keinen An-
theil an der Nationalschuld haben. — Es läßt sich kaum an-
nehmen, daß durch eine Parliamentsauflösung ein wesentlich
anderes Resultat erzielt wird, die irische Partei wird sicher nach
wie vor ausschlaggebend sein und man wird wohl oder übel
mit derselben rechnen müssen.

Ägypten.
Die kriegerischen Unruhen an der Südgrenze von Ägypten
dauern fort. Aus Kairo wird von gestern geschrieben: Am
Sonnabend griff eine aus etwa 3000 Mann bestehende Schaar
Aufständischer das zwei Meilen nördlich von Koshay gelegene
Nograh an; die aus 200 Ägyptern bestehende, von einem
englischen Offizier befehligte Besatzung warf aber den Feind
mit beträchtlichem Verluste zurück, die Ägypter hatten 4 Tode
und Verwundete. Das Gerücht, daß wegen der bedenklichen
Lage der Dinge eine Räumung von Badghalfa möglich sei,
erscheint durchaus unbegründet, vielmehr ist von der Mög-
lichkeit einer Wiederbesetzung von Dongola die Rede. — Man
darf nicht vergessen, daß diese Siegesnachricht aus englischer
Quelle stammt.

Amerika.
Aus New-York, 2. Dezember, läßt sich die „Nordd. Allg.
Ztg.“ schreiben: „Unbekümmert um die Trauer, in welche das
Land durch das unglückliche Hinscheiden des Vizepräsidenten
Sandrocs gestürzt worden, setzen die Arbeiter-Organisa-
tionen der Vereinigten Staaten mit Eifer die Vorberei-
tungen für den großen Schlag fort, den sie am nächsten ersten
Mai zu führen gedenken. Allem Anschein nach wird an dem
gedachten Tage ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital ent-
brennen, wie er gewaltiger nie zuvor ausgefochten wurde. Es
handelt sich um nichts Geringeres, als um einen allgemeinen
Arbeitertausch in der ganzen Republik behufs Erzwingung
des achtstündigen Arbeitstages. Die Gewerkschaften
(Trades Unions), die Knights of Labor (Ritter der Arbeit),
eine Geheimorganisation, welcher über 100 000 Mann ange-
hören, die Sozialisten und auch die Anarchisten agitieren in
ihrer Weise für den General-Streik. Bis auf die Anarchisten
wollen sich Alle darauf beschränken, so lange zu feiern, bis die
Arbeitgeber den achtstündigen Arbeitstag einführen. Die An-
archisten dagegen predigen in ihren Organen, man müsse am
1. Mai bewaffnet in die Straßen steigen, um für alle Eren-
tualitäten vorbereitet und namentlich im Stande zu sein, den
Fortbetrieb der Fabriken, Eisenbahnen u. s. w. mit Hilfe von
Leuten, die der Acht-Stunden-Bewegung sich nicht anschließen
mögen, gewaltsam zu verhindern. Die Folgen eines General-
Streiks lassen sich gar nicht absehen. Das Kapital wird sich
entschieden weigern, die am 1. Mai zu stellende Forderung zu

„Was läme dabei heraus, wenn ich Sie angreifen
wollte!“ erwiderte er. „Ich habe damals mir erlaubt, Sie
vor Uebereilung zu warnen, Sie hörten nicht auf die War-
nung, weil Sie Karriere machen wollten, jetzt kammere ich
mich nicht weiter darum, ich habe kein Interesse an der
Sache.“
„Wirklich nicht?“ fragte Siegfried, dem das Blut heiß
in die Stirne stieg, „vielleicht weiß ich das besser.“
„Was wollten und könnten Sie wissen?“ entgegnete
Rabe.
„Das werde ich Ihnen nicht verrathen!“
„Nah, Vermuthungen, die aus der Luft gegriffen sind!
Die alte Feindschaft sollte man endlich vergessen, sie hat
keine Berechtigung mehr, seitdem der Herr Oberst die Erb-
schaft seines Bruders angetreten hat.“
„Ich glaube, wenn Sie diese Mahnung an die eigene
Adresse richten wollten, so wäre das richtiger.“
„Auch diesen Vorwurf weise ich zurück!“
„Das ist allerdings das kürzeste Verfahren, aber wider-
legt wird dadurch nichts,“ sagte Siegfried.
„Was verpflichtet mich denn, ihn zu widerlegen?“ brauste
Rabe auf. „Ich erinnere mich nicht, Ihnen ein böses
Wort gesagt zu haben, wohl aber haben Sie mir gegenüber
stets das Bestreben gezeigt, meiner Schwester Mißtrauen
gegen mich einzuspüren. Sie verlangen, daß ich Ihnen das
gerade heraus sage, und ich sehe nicht ein, weshalb ich ein
Blatt vor den Mund nehmen soll. Die unschuldigen Ere-
ignisse mußten einer gerichtlichen Untersuchung unterzogen
werden, ein Zeugenverhör folgte dem andern, und an jeden
Zeuge wurden Fragen gerichtet, die auf meine Person Bezug
nahmen.“
„Sie werden mir erlauben, das als eine Unwahrheit
zu bezeichnen,“ erwiderte Siegfried den Kopf zurückwerfend,
„ich habe mich stets streng an meine Amtspflicht gehalten,
und Niemand hat das Recht, mir daraus einen Vorwurf zu
machen. Haben Sie nachträglich die einzelnen Zeugen über
meine Fragen und ihre Antworten ausgeforscht, so muß ich
das seltsam finden, Sie hatten ja, wie Sie selbst behaupten,
mit der Sache nichts zu schaffen.“

erfüllen. Legen dann die organisirten Arbeiter, einige Hun-
derttausend, die Arbeit nieder, so wird man, wie gelegent-
lich anderer Ausstände, versuchen, den Betrieb der Fabriken
mit Hilfe der (weit zahlreicheren) nicht organisirten und
ferner der jetzt beschäftigungslosen Leute aufrechtzuerhalten.
Da Hunderttausende augenblicklich ohne Arbeit sind, gelingt
dieser Versuch, falls die Ausständigen bei ihrer Absicht, ruhig
zu stehen, stehen bleiben. Das werden sie aber nicht thun.
Vielmehr ist zu befürchten, daß sie, namentlich wenn die An-
archisten mit „gutem Beispiel“ vorangehen, es genau so machen,
wie die Streiker während des großen Eisenbahnstreiks im Jahre
1877. Wenn nicht geeignete Vorkehrungen getroffen werden,
dürften die Ausständigen, wenn sie von einer Niederlage be-
droht werden, die fast unaussprechlich ist, zur Gewalt ihre Zu-
flucht nehmen. Es kann leicht zu dem von den Anarchisten
„herbeigesehnten“ blutigen Waiteiren kommen, bei welchem die
Mulattin Parsons, eine anarchoistische Rednerin, mit der die
amerikanische Presse sich neuerdings recht häufig beschäftigt, die
Rolle der Königin spielen könnte.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hatte noch vor einigen Tagen
den traurigen Muth, in ihren Spalten zu behaupten, daß die
Einführung des Rationalarbeitstages die „Freiheit“ der Ar-
beiter beschränken und ihren Lohn gewaltig schmälern werde.
Nichtwirdig ist es nun doch gewiß, daß die Arbeiter auf dem
ganzen Erdenrund, soweit sie als organisirte und aufgelierte
Arbeiter in Betracht kommen, durchweg den gesetzlich fixirten
Arbeitstag fordern und ihn mit aller Energie zu erreichen
suchen. Mit der „Freiheit“, welche das governementale Organ
meint, muß es somit doch einen Haken haben.

Parlamentarisches.

Die Arbeiterschus-Kommission trat gestern
in eine allgemeine Debatte der von den Sozialdemokraten be-
antragten gewerblichen Vertretung ein. Der Antrag A u e r
theilt Deutschland in Bezirke von 200 000—400 000 Einwohner.
Für jeden dieser Bezirke wird eine Arbeitskammer gebildet und
zwar zur Hälfte aus den Arbeitgebern und zur Hälfte aus den
Arbeitern. Aus dieser Arbeitskammer geht das Arbeitsamt her-
vor. Ueber allen Arbeitssachen steht das Bundesrath zu
organisirende Reichs-Arbeitsamt. Ebenfalls aus der Arbeits-
kammer heraus wird das Schiedsgericht gebildet. Die Befug-
nis des Arbeitsamts besteht im Wesentlichen in der Ueber-
wachung der Arbeiterschutbestimmungen. Die Arbeitskammern
haben die Arbeitssachen in jeder Beziehung zu unterstützen, sie
stellen Untersuchungen über alle gewerblichen Interessen an, sie
legen auf Antrag Betheliger Minimallöhne fest, sie sind die
Berufungsinstanzen gegen die Urtheile des Schiedsgerichts. Die
sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission betonten,
daß eine anderweitige Fürsorge für die durch die von ihnen vor-
geschlagene Organisation zu erreichenden Zwecke bisher über-
haupt noch nicht oder doch nicht irgendwie ausreichend vor-
handen ist. Die Gegner beliehen wieder, auf die Unausführ-
barkeit der vorgeschlagenen Maßregel hinzuweisen. Sie meinten,
man werde besser zum Ziele kommen, wenn man spezialisirte
Einrichtungen zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter
treffe, wie dies z. B. in den Bestimmungen des Unfallgesetzes
über die Vertretung der Arbeiter bereits geschehen sei. Zwei
sächtliche Redner bestritten die Kompetenz des Reiches zu einer
derartigen einheitlichen Regelung der Ueberwachung des Arbeit-
schutzes, wie der sozialdemokratische Antrag dies wolle. Ein
Beschluss wurde nicht gefaßt.

Lokales.

Eine Anzahl Ummohner und Adjazenten des Mag-
deburger Platzes haben an den Magistrat einen „Protest
gegen die Errichtung einer Markthalle auf dem Magdeburger
Platz“ gerichtet, in dessen Begründung es heißt: „1. Mittels
Allerhöchster Kabinettsordre vom 26. Juli 1862 ist der Magde-
burger Platz in Abtheilung IV. des Bauungsplanes mit dem
Buchstaben A. für immer als ein öffentlicher Platz bestimmt
worden. Und nur auf Grund dieser Kabinettsordre ist derselbe
vom Magistrat im Wege der Expropriation erworben und frei-
gelegt worden. 2. Bei dieser Expropriation ist dieses Terrain
aber auch nicht als Bauland, sondern als Straßens- resp.
Platzterrain taxirt und bezahlt worden. Wohlwollender Magistrat
hat also ohnehin kein Recht, der in der Kabinettsordre enthal-
tenen Bestimmung entgegen, Straßenterrain in Bauland umzu-
wandeln, und würde dies auch eventuell zur Folge haben,
die Vorbestimmte nachträglich entschädigen zu müssen. 3. Nach
unserem Ermessen kann das Gesetz vom 2. Juli 1875 auf den
vorliegenden Fall in keiner Weise in Anwendung kommen,
denn, da der Magdeburger Platz überhaupt keine
Baufuchten hat, so kann auch nicht von Festsetzung
von Baufluchten die Rede sein! Es wäre hier zur
obigen Umwandlung des freien Platzes in Bauland
auch eine Neuschaffung von Baufluchten erforderlich, wogegen
wir aber insbesondere protestiren! 4. Sollte aber dieser Platz
schon von Hause aus seitens des Wohlwollenden Magistrats zum
Bau einer Markthalle bestimmt gewesen sein, was indeß der

Siegfried warf einen Blick auf die Thüre, auch er
war unangenehm überrascht, als er in dem Eintretenden
Rabe erkannte. Herr von Barnelow begleitete ihn, die
Beiden traten auf den Tisch zu, an welchem der Justizrath
saß, Rabe stellte seinen Freund vor und nahm gegenüber
dem Affessor Platz.
Siegfried hätte sich am liebsten sofort entfernt, aber
sein Stolz erlaubte ihm auch nicht, dem Gegner das Feld
zu räumen, er fürchtete, dadurch den Vorwurf der Feigheit
auf sich zu laden. Daß Rabe absichtlich gekommen war, um
sich an ihm zu reiben, ging schon aus seinen ersten Worten
hervor.
„Ist das räthelhafte Verbrechen Ihnen jetzt auch klar
geworden, Justizrath?“ fragte er in spöttischem Tone.
Der Justizrath zog die buschigen Brauen zusammen.
„Welches Verbrechen?“ erwiderte er.
„Sie haben ja die Vertheidigung übernommen! Anderen
Leuten ist es längst klar, daß der Amerikaner die That begangen
haben muß, es ist immer so gewesen, das Gericht muß einen
Thäter haben, und sollte es ihn an den Haaren herbei-
ziehen.“
„Derartige Redensarten glaube ich mir verbitten zu
müssen,“ sagte Siegfried ernst. „Ob andere Leute an die
Schuld eines Untersuchungsgefangenen glauben oder nicht,
hat auf die Untersuchung selbst durchaus keinen Einfluß, die
Sache kann unerwartet eine andere Wendung nehmen.“
Eine lauernde, tückische Bosheit lag in dem stehenden
Blick, den Rabe dem Affessor zuwarf.
„Diese andere Wendung könnte auch ein Fiasko zur
Folge haben,“ erwiderte er. „Wenn man den Karren ver-
fahren hat, so ist es nach meinem Dafürhalten am besten,
daß man dies ehrlich eingestehet.“
„Das wäre es allerdings,“ versetzte Siegfried, seinen
Gegner fest anblickend, „schließlich kommt die Wahrheit doch
an den Tag, trotz aller Nachmationen und Winkelzüge!“
„Soll dieser Vorwurf mir gelten?“
„Ich habe kein Recht, Ihnen einen Vorwurf zu
machen, aber wenn ich angegriffen werde, wehre ich mich
meiner Haut.“
Rabe juckte verächtlich die Achseln.

Rabe preßte die Lippen auf einander, diesen Vorwurf
hatte er sich durch seine eigene Unflughheit zugezogen.
„Unnütze Aufregung!“ warf der Justizrath unwillig
ein. „Gade abwarten, werden sehen wer Recht hat.“
„Aber um was handelt es sich denn eigentlich?“ fragte
Barnelow, der dem Wortwechsel mit sichtbarem Erstaunen
zugehört hatte. „Ich glaubte, zwischen den Familien von
Studmann und Rabe herrsche jetzt Friede und Einigkeit,
und nun —“
„Sieh sehen ja, Barnelow, daß man den Frieden nicht
will!“ unterbrach ihn Rabe ärgerlich. „Ich biete gern die
Hand zur Versöhnung, aber wenn sie zurückgestoßen wird,
dann werde ich doch der Narr nicht sein, den Frieden um
jeden Preis zu erzwingen!“
„Sie haben ihn nie angeboten und nie gewollt,“
erwiderte Siegfried, „und hätten Sie es gethan, und die
Hand wäre zurückgestoßen worden, so würden Ihnen
auch die Gründe, aus denen es geschah, bekannt gewesen
sein.“
„Der Affessor von Studmann, diese Worte —“
„Kann und werde ich jederzeit vertreten, und wenn Sie
es fordern auch beweisen! Aber Sie werden selbst wünschen,
daß dies nicht in einem öffentlichen Restaurationslokal ge-
schieht.“
Eine flammende Gluth überzog das leidenschaftlich
verzerrte Gesicht Rabe's, aus den glühenden Augen zuckten
tückische Blitze.
„Was Sie damit sagen wollen, muß Jedem von uns
klar geworden sein,“ erwiderte er; „ich hoffe Sie werden
mir die Genugthuung nicht verweigern, die ich von dem
Ehrenmanne nach solcher Beleidigung fordern darf und
muß.“
Damit erhob er sich, dem Freunde einen Wink gebend,
der ebenfalls von seinem Stuhle aufstand und hastig sein
Glas leerte.
„Die verweigere ich Ihnen ganz entschieden!“ rief
Siegfried. „Ich räume Ihnen nicht einmal das Recht ein,
sie zu fordern. Verlangen Sie, daß ich diese Weigerung
näher motivire, so kann das zu jeder Stunde und an jedem
Ort vor Zeugen geschehen!“

Rabineidrede wegen nicht möglich ist, so mußten, um die Umwohner des Platzes vor Täuschung und Schaden zu bewahren, auch die Baukosten zur Zeit festgesetzt und publiziert werden. Eine nachträgliche Aufhebung oder Einschränkung dieses öffentlichen Platzes ist aber nach den Bestimmungen des § 78 Tit. 8 Th. 1. des Allg. L. R. unzulässig und auf die vorhergehenden Paragraphen §. 1. v. nicht zu begründen, da hier ein öffentliches Interesse in diesem Sinne nicht berührt wird. 5. Das Markthallenwesen ist genau so wie das Schlachthauswesen vom Magistrat als ein selbstständiges und sich selbst rentirendes Unternehmen berechnet und ausgeführt worden, wie denn auch thatsächlich bis jetzt für alle Markthallen eigene Grundstücke erworben sind. Die eventuell seitens des Wohlthätigen Magistrats in finanzieller Hinsicht zu machenden Einwendungen sind aber umso mehr hinfällig, als das Unternehmen nach den eigenen Aufstellungen der Magistrats-Rommisarien eine solche Rentabilität aufweist, daß es auch hier den Anlauf eines eigenen Grundstücks sehr wohl ertragen kann. 3. Mit Rücksicht auf die oben angeführte Allerhöchste Rabinets-Ordre und in Folge der Anlage und faktischen Existenz des öffentlichen Platzes, haben die Adjazenten desselben ihre Grundstücke und Baustellen theurer bezahlen müssen, was selbstverständlich wiederum die Errichtung herrschaftlicher Häuser mit großen theuren Wohnungen involvire. Da nun aber Niemand behaupten wird, daß man einer schon bestehenden Markthalle gegenüber herrschaftliche Wohnungen für Generale, Senats-Präsidenten und Geheim-Räthe bauen würde — (sind denn diese Leute aus anderem Holz geschnitten, wie gewöhnliche Sterbliche?) —, so wäre es auch andererseits unerhört, wenn man solchen schon bestehenden herrschaftlichen Wohnungen gegenüber nachträglich eine Markthalle bauen würde. Heute schon erklären einzelne Miether, daß sie einer Markthalle gegenüber und mit eingeschränkter Aussicht ihre Wohnungen dann nicht länger behalten können. Die Eigenthümer selbst bemühen sich schon jetzt, ihre Häuser noch bei Zeiten zu veräußern. Es steht also zur Evidenz fest, daß die Errichtung einer Markthalle und tief schädigen würde! 7. Die Ansicht des Magistrats, daß die Markthalle, in schöner architektonischer Form errichtet und mit Gartenanlagen versehen, dem Platz zur Bierde gereichen würde, muß umso mehr als unzutreffend erklärt werden, weil Wohlthätiger Magistrat auch nicht einen einzigen Platz in der Stadt mit einer Markthalle „vergleicht“ hat. Eine schön kolorirte Zeichnung giebt noch keinen Beweis ihrer Nützlichkeit, so lange das Gegenstück, d. h. daselbe Bild des Platzes ohne Markthalle, dabei fehlt. 8. In ästhetischer wie sanitärer Hinsicht ist es auch ganz gleichgültig, in welcher Form und Größe die Halle errichtet wird. Der Name und das Faktum allein genügt schon, um unsern Ruin herbeizuführen, da statt des freien Platzes die Markthalle, ein Herd der Verwesung von thierischen und vegetabilischen Stoffen, eine Quelle zur Erzeugung ungesunder Luft an seine Stelle treten würde. (Anderen Leuten wie Generalen, Senats-Präsidenten und Geheimräthen schadet das Alles wahr-scheinlich nichts.) Der mitten durch den Keller der projektirten Halle führende Hauptkanal mit seinem Unrath von sechzig bis achtzigtausend Menschen macht das Projekt in ästhetischer wie in sanitärer Hinsicht in hohem Grade bedenklich, indem derselbe auf die neben und über ihm lagernden Lebensmittel keinesfalls ohne Einfluß bleiben kann! Die Lage des qu. Kanals dürfte auch Einfahrten in die Halle nicht gestatten. 9. Die Markthallen in Paris, Frankfurt a. M. u. s. w. liefern den Beweis, daß der Geruch derselben schon auf 300 Schritt wahrnehmbar ist. Ebenso werden die Umwohner durch die An- und Abfuhr der Waaren theilweise in ihrer nächtlichen Ruhe gestört. Die Umgebung dieser Hallen besteht dort denn auch nicht aus herrschaftlichen Wohnungen, sondern meistens aus kleinen Geschäften, Wägen u. s. w. (Aha!) Hierzu sind unsere Häuser aber zu theuer und nicht mehr einzurichten. 10. Wir Adjazenten des Platzes fühlen uns auch durch die beharrliche Verfolgung dieses Projektes umso mehr gekränkt und in der Partit verlegt, als gerade dieser aufblühendste Stadttheil Berlins allein unter diesem Vorhaben des Magistrats leiden soll! Weshalb soll denn nun gerade dieser Platz allein eine Ausnahme machen? Haben wir weniger Rechte, oder zahlen wir unsere Steuern nicht ebenso pünktlich als die Umwohner aller übrigen Plätze Berlins? Öffentliche Plätze sind doch eine Bierde der Stadt, und der Weiten von Berlin hat wahrlich kein Ueberfluß an öffentlichen Plätzen! — Trotz dieser Zeremonien werden es sich die Herren Generale, Senats-Präsidenten und Geheimräthe, die den Magdeburger Platz umgeben, gefallen lassen müssen, daß, wenn die Nothwendigkeit einer Markthalle selbst erkannt ist, ihnen wie den anderen Leuten eine solche vor die Nase hingebaut wird. Wenn eine Markthalle wirklich auf 300 Schritte stinkt, so können jene Herrschaften ebenso gut mitrechen wie die Bewohner anderer Stadttheile.

Mit der „Freiwilligkeit“ bei der Hergabe von Geldbeiträgen, welche in Beamtenkreisen zu dem Zwecke gesammelt werden, um einem Vorgesetzten zu seinem Dienstjubiläum oder aus anderer festlicher Veranlassung ein Andenken zu überreichen, ist es oft ein eigen Ding. Da werden kostbare Geschenke ge-

macht und es wird dann die Freudigkeit und Opferwilligkeit gerühmt, mit der die unterstellten Beamten dem hochverehrten Vorgesetzten ihre Liebe und Verehrung zu erkennen gegeben haben. Man muß aber nur wissen, wie die „freiwilligen“ Beiträge der Beamten oft zusammengebracht werden. Zuerst allerdings giebt man den Beamten anheim, freiwillig zu einem Geschenke beizutragen. Stellt sich dann heraus, daß die freiwilligen Beiträge nicht ergebnisreich genug für ein „würdiges“ Geschenk stieken, so nimmt ein Vorgesetzter die Sache in die Hand und weist in einem Birkular an die unterstellten Beamten darauf hin, daß das Delorum doch ein anständiges Geschenk erheische, zu dem mindestens so und so viel, sagen wir 3000 R. (!), erforderlich sei, und daß diese Summe sich am besten aufbringen lasse, daß jeder Beamte sich daran mit einem bestimmten Prozentsatz seiner nächsten Gehaltsbezüge, mit $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, oder wohl gar $\frac{1}{2}$ pSt., theilnehme. Es bedarf keiner Ausführung, daß eine solche Sammlungsmethode, bei welcher auf die betreffenden Beamten geradezu ein Zwang ausgeübt wird, durchaus unzulässig ist; denn wieviel Beamte sind unabhängig genug, um nach solcher Aufforderung eines Vorgesetzten noch ihre Theilnahme abzulehnen! Die beizutragenden Antheile sind für viele der Bethelligten, besonders für solche mit niedrigem Gehalt und zahlreicher Familie, keineswegs unerheblich, zumal wenn dieselben zu einer Zeit gefordert werden, wo diesen Beamten auf Anordnung des betreffenden Resortministers die bis jetzt üblich gewesenen Weihnachtsgratifikationen zum ersten Male entzogen werden sollen. Es wird nur dieser Anregung bedürfen, um die betreffenden Instanzen zu veranlassen, darauf aufmerksam zu machen, wie unangebracht eine solche Bestrafung auf die „freiwillige“ Opferfreudigkeit der unterstellten Beamten für Jubiläumsgeschenke Vorgesetzter ist. Zum Theil wird diesen Rücksichten schon Rechnung getragen. Wenigstens ist uns bekannt, daß der Chef einer großen Behörde hier in Berlin es grundsätzlich ablehnt, Aufforderungen zu Beiträgen, zu welchem Zwecke auch immer, bei seinen Angestellten zirkuliren zu lassen und auch nicht zuläßt, daß solche Sammellisten von anderer Seite unter den Beamten seiner Zuständigkeit in Umlauf gesetzt werden. Dies Verfahren verdient zweifellos allgemeine Billigung und Nachfolge. — So schreibt die „Voss. Zeitung“. Wir sind mit ihr in dieser Beziehung vollkommen einverstanden, nur finden wir es sonderbar, daß in ihren Ausführungen nur auf die Beamten Rücksicht genommen wird. Und sind verschiedene „feierliche“ Gelegenheiten bekannt, bei welchen auch Arbeiter von Seiten ihrer Fabrikherren in ganz ähnlicher Weise zu „freiwilligen“ Beiträgen gepöpst wurden. Diese feierlichen Gelegenheiten sind noch zu frisch in aller Gedächtnis, als daß an sie besonders erinnert zu werden brauche.

Zur Pöpst'schen Mordaffäre schreibt man der „Voss. Zig.“: Der Kellner Kreuzberger ist bereits auf Requisition des Landgerichts I im Amtsgefängnis zu Duderstadt vernommen worden. Sein Verhör erfolgte durch den Kriminal-Inspektor von Meerscheidt-Hüllesheim. Ueber die Aussage Kreuzberger's verläuft noch nichts Bestimmtes. Von der ursprünglichen Ansicht, denselben von Hannover nach hier zum Zwecke einer Konfrontation mit Kowalski überzuführen, scheint man Abstand genommen zu haben. Daraus würde folgen, daß Kreuzberger's Angaben für die Ueberführung des vermuthlichen Thäters keineswegs erheblich sind.

Das Verbrecher-Album ist jetzt um die Photographie einer Ergaunerin, der berühmtesten Schauspielerin — Tänzerin — Juliane Gries, die sich auch unter den Namen Elsa von Solleben Baumgarten und anderen sowie dem Schauspielernamen Grieger-Rorini seit mehr denn einem Jahre hochstapelnd umhergetrieben hat, bereichert worden. Nachdem wegen verschiedener Schwindelereien Steckbriefe von den Staatsanwaltschaften in Bremen, Lübeck, Hannover, Berlin und jetzt auch von Koblenz hinter der abgeseimten Gaunerin erlassen sind, ist ihre Photographie durch die letzte Nummer des hier erscheinenden Central-Polizeiblatts vervielfältigt worden und sämtlichen Polizeibehörden zugesandt. Es scheint hiernach die Angabe, sie sei in Paris ergriffen, unrichtig zu sein. Im übrigen können wir dem noch hinzufügen, daß die Gries in letzter Zeit mehrfach in Gesellschaft eines Musikdirektors Hartenstein aus Sondershausen gesehen worden ist.

In einer ählichen Lage befinden sich die Vereine, welche es bisher versäumt haben, geeignete Lokalitäten für ihre Wintervergünstigungen zu akquiriren, denn die Terminale der Lokalbestyrer weisen nur noch eine ganz geringe Anzahl von freien Tagen auf. Es ist fast unglücklich, wie vorsichtig manche Vereine zu Werke gehen, sich günstige Tage für ihre Winter-Arrangements zu sichern. Der Sonnabend ist ohne Zweifel der zur Abhaltung von Vergünstigungen geeignetste Tag. Man giebt sich mit einer doppelten Lust den Festesfreunden hin, wenn man die süße Gewißheit hat, am andern Morgen unumstän-dlicher Herr seiner Zeit zu sein und recht lange von den Strapazen der vorhergegangenen Nacht ausruhen zu können. Nach den Erfahrungen aller Leute, welche jemals einem Festkomitee an-gehören die Ehre hatten, sind die Bälle, Kränzchen u., welche des Sonnabends arrangirt werden, bei Weitem die besuchtesten. Das lebhafteste Bestreben aller Vereine geht deshalb dahin, sich

„Um den ewigen Reibereien ein Ende zu machen.“
„Der Grund scheint mir doch tiefer zu liegen,“ sagte Barnelew kopfschüttelnd, „ich glaube, Ihr Haß gilt mehr dem Untersuchungsrichter, als dem Neffen Ihrer Schwester.“
„Was berechtigt Sie zu dieser kühnen Schlussfolgerung?“
„Der Wortwechsel, den Sie mit ihm hatten.“
„Sie Urtheilen sehr rasch, aber ich nehme Ihnen das nicht übel,“ erwiderte Rabe achselzuckend. „Ich gebe zu, daß die zähe, verbissene Hartnäckigkeit, mit der dieser Affessor einem Schuldlosen ein schweres Verbrechen aufbürden will, mich im höchsten Grade empört. Die Motive liegen ja klar auf der Hand, er will sein Unrecht nicht eingestehen und daneben diesen Fall benutzen, um Karriere zu machen. Pah, lehren Sie mich diese Sorte nicht kennen, Barnelew, sie widert mich an.“
„Fürchten Sie, in unliebsame Berührung mit ihr kommen zu können?“ spottete Herr von Barnelew.
„Diese Besorgniß wäre kindisch.“
„Na, na, ich habe schon meine besonderen Gedanken darüber gehabt, wie Sie es wohl ermöglicht haben möchten, so rasch in den Besitz von sechstaufend Thalern zu kommen.“
„Wirklich?“ erwiderte Rabe höhnisch. „Daß Sie darüber sich den Kopf zerbrechen haben, war sehr überflüssig. Sie hatten die Gewogenheit, mir Daumenschrauben aufzusetzen, da mußte ich wohl dafür sorgen, daß Sie befreit wurden.“
„Und woher nahmen Sie das Geld?“
„Das kann Sie im Grunde genommen wenig kümmern; übrigens glauben Sie nicht, daß ich gar keine Reserven habe! Ihnen mag das allerdings wunderbar scheinen.“
„Durchaus nicht,“ fiel Barnelew ihm in's Wort, „hat jeder General seine Reservetruppen, weshalb sollte sie nicht auch eine Generalin haben!“
„Barnelew!“ sagte Rabe warnend.
„Denken Sie nicht gleich, daß ich Sie beleidigen wolle,

Sonnabende für ihre Festlichkeiten zu sichern, und es ist durchaus nichts Seltenes, daß besonders vorsichtige Vergünstigungs-räthe bereits im Sommer Verträge für den kommenden Winter mit Lokalbestyrern abschließen. Glücklicherweise, welche so rührige und weitsehende Komiteemitglieder besitzen; ihre Kränkchen werden stets besucht sein und ihre Kasse wird nie ein Defizit aufweisen.

Das Interesse für Neubelebung des Badewesens tritt mehr und mehr hervor, seit durch die Anregung der Hygiene-Ausstellung die Bedeutung desselben wieder nahe gerückt war. Namentlich war es das bekannte auf der Ausstellung in Betrieb gehaltene Vassar'sche Volksbad, welches die Popularisirung der körperlichen Reinlichkeit unter den arbeitenden Klassen anbahnen half. Es trat ein Komitee zusammen, um die Errichtung von Volksbädern auf öffentlichen Plätzen anzustreben. Gleichzeitig hat der Verein für Volksbäder bekanntlich in der Köpcke-Strasse eine Badeanstalt geführt, welche zeigte, daß man bei einem Preise von 25 Pf. pro Wannbad (mit Seife) das Institut seit 14 Jahren selbst erhalten konnte. Beiden Gesellschaften hat der Magistrat die unentgeltliche Benutzung städtische Plätze in Aussicht gestellt und kürzlich die Einsetzung positiver Vorschläge gefordert, da die Errichtung von Volksbädern für die Gemeindevorwaltung immer dringlicher werde. Da nun beide Vereinigungen ganz gleich gerichtete Bestrebungen verfolgen, so haben dieselben beschlossen, gemeinsam vorzugehen, die Fusion ist in einer Versammlung im Rathhause am Freitag erfolgt. — Besser wäre es jedenfalls, die städtischen Behörden würden der Lösung dieser Frage dadurch näher treten, daß die Errichtung von Volksbädern direkt durch die Kommune erfolgte. Leider aber scheint dazu, wie gewöhnlich das richtige Verständniß zu fehlen.

Auf eine bisher noch unaufgeklärte Art und Weise sind am Sonntag einem Verdebahn-Schaffner der Linie Moabit-Motzplatz die sämtlichen Reserve-Block-Billets gestohlen worden. Die Billets in Summa für etwa 150 Mark befanden sich in einem Leinwandbeutel unter einer der Stühle. Hier muß wohl ein Gauner den Beutel entdeckt und in der Annahme, daß Wertgegenstände darin verborgen, denselben unbemerkt mit sich genommen haben. Die gestohlenen Billets sind für den Dieb ganz werthlos, da dieselben seitens der Gesellschaft sofort für ungültig erklärt wurden.

Bewegung der Bevölkerung Berlins nach den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt. Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl betrug am 21. November inkl. der nachträglichen An- und Abmeldungen 1 302 038, hat sich demnach gegen die Woche vorher um 970 Seelen vermehrt. In der Woche vom 22. bis 28. November wurden politisch gemeldet 2398 zugezogene, 1705 fortgezogene Personen; standesamtlich wurden 274 Ehen geschlossen. Geboren wurden 838 Kinder, und zwar lebend: 389 männliche, 417 weibliche, zusammen 806 (darunter 89 außereheliche), todt 15 männliche, 17 weibliche, zusammen 32 (darunter 6 außereheliche) Kinder. Die Lebendgeborenen, aufs Jahr berechnet, bilden 32,3, die Todtgeborenen 1,3 pro Tausend der Bevölkerung, die außerehelich Geborenen 11,34 pSt. aller in der Woche Geborenen, davon die bei den Lebendgeborenen 11,04, die bei den Todtgeborenen 18,76 pSt. In der kgl. Charitee und Entbindungsanstalt wurden 33 Kinder geboren. Gestorben (ohne Todtgeborene) sind 537, nämlich 266 männliche, 271 weibliche Personen. Von diesen waren unter 1 Jahr alt 159 (inkl. 35 außereheliche), 1 bis 5 Jahre 120 (inkl. 9 außereheliche), 5—15 Jahre 31, 15 bis 20 Jahre 7, 20—30 Jahre 36, 30—40 Jahre 45, 40—60 Jahre 70, 60 bis 80 Jahre 63, über 80 Jahre 16. Die Sterbefälle beim Alter von 0 bis 5 Jahren machen 51,96 pSt. sämtlicher in dieser Woche Gestorbenen aus. Von den im Alter unter 1 Jahr gestorbenen Kindern starben 52 im ersten, 23 im zweiten, 18 im dritten, 14 im vierten, 7 im fünften, 4 im sechsten, 41 im sechsten bis zwölften Lebensmonate; von denselben waren ernährt 29 mit Muttermilch, 1 mit Ammenmilch, 84 mit Thiermilch, 1 mit Milchsurrogat, 12 mit gemischter Nahrung, von 32 war es unbestimmt. Todesursachen waren besonders: Lungenschwindsucht (67), Lungentzündung (44), Bronchialkatarrh (29), Kehlkopfsentzündung (20), Krämpfe (40), Gehirn- und Gehirnhautentzündung (18), Krebs (13), Altersschwäche (16), Lebensschwäche (32), Abzehrung (17), Malaria (14), Scharlach (12), Diphtherie (46), Typhus (2), Diarrhöe (7), Brechdurchfall (4), an anderen Krankheiten starben 125 und durch Selbstmord 3, davon durch Vergiftung 0, durch Erschießen 0, durch Erhängen 3, durch Ersticken 0. Die Sterblichkeit der Woche auf das Jahr berechnet, kommen durchschnittlich auf 1000 Bewohner in Berlin 21,5, in Breslau 20,3, in Frankfurt a. M. 16,2, in Köln 24,1, in Dresden 21,1, in München 26,6, in Bremen 22,2, in Stuttgart 23,4, in Wien 23,3, in Paris 24,0, in London 20,6, in Liverpool 23,8. In der Woche wurden dem Polizeipräsidium gemeldet als erkrankt an Typhus 13, an Malaria 120, an Scharlach 49, an Diphtherie 176, an Pocken 0. In den 9 größeren Krankenhäusern wurden in der Berichtswoche 770 Kranke aufgenommen, davon litten an Malaria 8, an Scharlach 13, an Diphtherie 48, an Typhus 7, an Ruhr 6. Es starben 115 Personen oder 21,4 pSt. aller in der Woche Gestorbenen; als Bestand verblieben 3808 Kranke.

wie könnte das überhaupt in meiner Absicht liegen! Ich wollte ja nur die Besorgniß aussprechen.“
„Lassen wir das! Sie haben Ihr Geld, damit ist die Sache abgemacht. Was würden Sie sagen, wenn ich zweifeln wollte?“
„Zweifeln? Woran?“
„Darin, ob das Glück in jener Nacht Ihnen wirklich so unverschämte günstig gewesen ist!“
„Sie wollen mir den Vorwurf machen, ich habe das Glück übergibt?“
„Gott bewahre! Aber steigen solche Zweifel nicht auch in Ihnen auf, wenn Sie ein solches Pech gehabt haben?“
„Niemals.“
„Pah, weshalb wollen Sie das leugnen?“ erwiderte Rabe ironisch. „Ich fürchte den Untersuchungsrichter nicht.“
„Ich habe ebenfalls keinen Grund dazu. Aber weshalb wollen Sie ihn niederschicken?“
„Weil er mich beleidigt hat. Ich hätte das Geschäft gern Ihnen überlassen, Barnelew, aber Sie verstanden es leider nicht, die Gunst Arabella's von Studmann zu gewinnen. Ich hatte von der ersten Begegnung einen besseren Erfolg erwartet.“
„Und wenn ich damals gewußt hätte, was ich heute weiß, würde ich keine Rolle in dieser Komödie übernommen haben,“ erwiderte Herr von Barnelew. „Daß Frau von Studmann den größeren Theil ihres Vermögens ihrem Schwager abtreten mußte, verschwiegen Sie mir.“
„Weil es mir selbst damals noch nicht bekannt war.“
„Und gesetzt nun, Sie schießen den Affessor nieder, was wird aus dem schönen Projekt, von dem Sie eine glänzende Zukunft erwarteten? Sie werden sofort fliehen müssen.“
(Fortsetzung folgt.)

Grosse Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik

Dranienstr. 166
Parterre u. 1. Etage.

BERLIN SO.

Dranienstr. 166
Parterre u. 1. Etage.

Filialen:

1. Alexanderstraße 69
am Alexander-Platz.
2. Invalidenstraße 112,
Ecke Chausseestraße.
3. Dranienstraße 207,
vis-a-vis Mantuffelstraße.
4. Skalitzerstraße 108.



Tücher in Zephyr, Castor, Plüsch, Chenille,
Mohair, Mooswolle
und Belour in allergrößter Auswahl.



Damen- und Kinderwesten
mit und ohne Kermel von 1 Mark an bis zu
den feinsten Qualitäten.



**Gehäkelte und gestrichte Kleidchen,
Tüchchen, Damen- u. Kinder-Unterröcke**
in allen modernen Farben.
Verkauf nach Gewicht.



Kinder-Tricots
in Wolle, Wigogne und Baumwolle
von 60 Pf. an.

**Camisols,
Hemkleider
und
Schweißsocken,**



**System Jäger,
zu
Original-
Preisen.**

Auf den Lagern befindlich sind ferner folgende besonders
empfehlenswerthe Fabrikate zu bekannt billigen Preisen:

Handschuhe

in Tricot, Buchskin, Strick- und Zephyrgarn.

Strümpfe und Socken

in Wolle, echter Wigogne und Baumwolle, Hand- und
mechanische Arbeit.

**Pulswärmer, Fäustlinge etc.
Gestreifte Arbeits- u. Bildhauer-
hemden,** eigenes Fabrikat.

Walk- und Strickjacken
für Herren und Knaben.

**Teppiche und Läuferstoffe.
Tisch- und Wiegendecken.**

Pferdedecken

in sehr großer Auswahl.

Damen- und Kinder-Kapotten.



Tricot-Tailen

in hochelegantester Ausführung in jeder beliebigen
Farbe und Qualität.
Extra nach Maß angefertigte Tailen werden
nicht theurer berechnet.



Herren- und Damen-Gesundheitshemden
in Wolle, Wigogne und Baumwolle
von 80 Pf. an bis zu 6 Mark.



Unterbeinkleider für Herren u. Knaben
in allen Qualitäten in großer Auswahl.



Gestrichte Herren-Westen
in Wolle und Wigogne in allen Größen
von 3 Mark an.

Die Garnlager enthalten

Strickwollen

in allen Farben und folgenden Qualitäten:

- | | |
|------------------------------------|------------------------|
| 1) 1/4 Bollpfund zugewog. 55 Pf., | — 1/2-Pfd.-Dode 45 Pf. |
| 2) 1/4 " " 60 " — 1/2 " 50 " | |
| 3) 1/4 " " 65 " — 1/2 " 45 " | |
| 4) 1/4 " " 75 " — 1/2 " 60 " | |
| 5) 1/4 " " 80 " — 1/2 " 50 " | |
| 6) 1/4 Zephyr- u. Castorwolle 85 " | — 1/2 " 70 " |

Extraprima 1/10 Bollpfund
zugewogen 40 " 1 Bollpfund 3,50,
3,75 und 4,00 Mark.

Castor-, Moos- und Zephyrwolle,
Lage 20 und 25 Pf., 1 Bollpfund 3,50 und 4 Mark.

Mohairgarn,

extraprima, 2 Lagen 55 und 60 Pf., 1 Bollpfund 4,40
und 4,80 Mark.

Politische Uebersicht.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Sozialreform — so lautet die Ueberschrift eines Zeitartikels der „Magd. Btg.“, welcher folgendermaßen beginnt:

„Die Sozialdemokraten sprechen die Ansicht aus, daß die ganze Sozialreform, welche bisher theils bereits durchgeführt, theils weiter vorbereitet wird, nichts weiter bedeute als ein Geschenk, welches man den Arbeitern mache, indem man die Mittel dazu eben den Arbeitern aus den Taschen entnehme. Ganz begründet ist diese Anschauung nicht, da die Arbeitgeber in einem starken Maße zur Unfallversicherung und Unfallentschädigung herangezogen werden. Aber wenn dieselbe auch vollkommen begründet wäre, so würde man das der Gesetzgebung zum Grunde liegende Prinzip nicht verwerflich finden dürfen, sondern müßte es gerade als einen Vorzug derselben betrachten, auch wenn man die Durchführung aus anderen Gründen für verfehlt erachtete.“

Das Blatt führt nun weiter aus, daß der Grundsatz nach welchem die Arbeiter die Versicherung ihres Lebens und ihrer Gesundheit aus eigenen Mitteln bewirken sollen, der Selbstthätigkeit und die Sicherung gegen die demütigende Armenpflege dem Arbeiter verloren gebe, wenn er bei Unglücksfällen auf die Mithätigkeit seiner Mitbürger angewiesen sei. Diesem Grundsatz, meint das Blatt, widerspreche es nicht, wenn die Unternehmer durch das Gesetz genötigt werden, für Unfälle aufzukommen, welche sich bei der Benutzung der von ihnen aufgestellten, durch mechanische Kräfte in Bewegung gesetzten Maschinen ereignen. Der Arbeiter, welcher hier beschäftigt wird, hat es nicht immer in seiner Gewalt, die Maschine so zu lenken, wie das Handwerkszeug, welches er mit der Hand regiert. Die Gefahr, welche er läuft, wenn er der Maschine bewegenden mechanischen Kraft sich anpassen soll, rechtfertigt die Haftpflicht dessen, dem diese Kraft gehört und dient. In diesem Falle ist es nicht die Pflicht des Arbeiters, selbst für seine Sicherung zu sorgen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er dies nicht vermag. Naturgemäß geht damit diese Pflicht auf den Unternehmer über, der das Risiko zu tragen hat.

Und nun jammert das Organ der Großindustriellen darüber, daß die Unfallversicherung eigentlich zu weit gehe, man hätte den Beteiligten überlassen sollen, sich da zu versichern, wo ihnen die meisten Vortheile geboten würden, das heißt also: Die staatliche Unfallversicherung hätte unterbleiben müssen. „Man konnte — so heißt es wörtlich — den Beteiligten wohl überlassen, die Versicherung gegen die Gefahren da zu suchen, wo es für sie am vortheilhaftesten war, und was die Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und dergleichen betrifft, so hätte es genügt, da diese Versicherung den Arbeitern überlassen bleiben muß, die Unternehmer dafür verantwortlich zu machen, daß sie keinen Arbeiter beschäftigen, der nicht ordnungsmäßig und genügend versichert ist.“

Im Weiteren wendet sich der Artikel auch gegen die Forderung des Normalarbeitstages, den Minimallohn etc., welche, da durch deren Einführung den Arbeitern auf Kosten Anderer Geschenke gemacht werden sollen, als unbillig bezeichnet werden. So kommt der Artikel zu dem Schluß:

Welcher Unterschied besteht ferner zwischen dem Arbeiter, der auf Kosten Anderer höheren Lohn erprokt, und zwischen dem Feudalherrn, der seine Leibeigenen und Fröhner für sich arbeiten und Steuern läßt, um gemüthlich auf ihre Kosten ein anspruchsvolles Leben führen zu können? Der sozialdemokratische Staat ist genau eben so unbillig, wie es der Feudalstaat gewesen ist, und die Forderungen, welche jetzt von Seiten der Sozialdemokratie aufgestellt, von Anderen unterstützt werden aus allerlei Gründen, sind dazu bestimmt, diesen unbilligen Staat vorzubereiten, und darum sind sie selbst ihrer Natur nach unbillig und verderblich, abgesehen davon, daß sie ohne eine völlige Herabsetzung der Gesellschaft und des Staates undurchführbar sind.

Wir haben keine Veranlassung, uns mit dem Organ der Kommerzrätthe in eine Diskussion über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat einzulassen, wohl aber glauben wir, dem Blatte auf die sonstigen Ausfälle gegen die Arbeiter eine Antwort geben zu müssen. Wir sind auch der Ansicht, daß das Krankenversicherungsgesetz einfacher und freier geschaffen werden konnte, auf die Art, wie das geschehen mußte, ist es genug, auf die Art, wie das geschehen wurde. Aber gerade die aus Arbeiterkreisen hingewiesen worden. Aber gerade die Partei, welche die „Magd. Btg.“ vertritt, hat mit aller Macht freieren Gestaltung des Krankenversicherungswesens entgegen gearbeitet, und so das jetzige Gesetz mit zu Stande gebracht.

Wie nun das Blatt dazu kommt, zwischen den Arbeitern, die an Maschinen thätig sind und jenen, welche das „Handwerkzeug mit der Hand regieren“, in Bezug auf die Unfallversicherung einen Unterschied zu machen, ist uns unerfindlich. Abgesehen davon, daß bei den Maschinen doch auch die Thätigkeit der Hand erforderlich ist, wäre es Thorheit, behaupten zu wollen, daß Dachdecker, Maurer und Zimmerleute nicht eben so Gefahr, zu verunglücken, ausgelegt sind, wie die Arbeiter, welche an Maschinen hantieren müssen. Freilich wird die Gefahr nicht überall eine gleiche sein, aber das ist doch kein Grund, eine weniger gefährliche Branche von der Versicherung auszuschließen.

Die ganze Posheit, welche in diesem Artikel zum Vorschein kommt, resultirt daraus, daß die Unternehmer einen Theil zu den Kosten der Unfallversicherung beitragen sollen. Das ist für die „Magd. Btg.“ natürlich die reine Ungerechtigkeit; ja noch mehr, es ist „unbillig“. Welch ein Hohn! Freilich mag es sein: Die Arbeiter müssen aus eigenen Mitteln die Kosten für ihre verunglückten Kollegen aufbringen, dadurch zeigen sie ihre ökonomische Selbstständigkeit (als ob von einer ökonomischen Selbstständigkeit der Arbeiter die Rede sein könnte!), und die Unterthänigen entgegen dem demütigenden Gefühl der Armenpflege, weil sie dann nicht auf die „Mithätigkeit“ ihrer Mitbürger angewiesen sind. Wirklich, ein herrlicher Gedanke, wie er auch wohl nur einem echten nationalliberalen Gemüth entspringen kann. Die Bemerkung, in der das Streben der Arbeiter nach höherem Lohn auf Kosten Anderer als Erpressung bezeichnet wird, ist doch ein wenig unbillig. Danach hätte also umgekehrt der Unternehmer das Recht, seinen Arbeitern nach Belieben ein „Trinkgeld“ für ihre Arbeit zu verabreichen, während die Arbeiter, wenn sie soviel verlangen, wie sie zum Lebensunterhalt notwendig gebrauchen, eine „Erpressung“ begehen und mit dem Feudalherrn, der seinen Leibeigenen und Fröhner für sich arbeiten läßt, auf

einer Stufe stehen, weil sie auf Kosten „Anderer“ ein anspruchsvolles Leben führen wollen.

Es ist zwar nach den Aliba schon Alles dagewesen, aber schwerlich schon einmal eine solche Logik. Bis jetzt war man selbst in Unternehmungskreisen darin einig, daß der Arbeiter seinem Arbeitgeber durch seine Leistung erst zu dem Profit verhilft, mithin also niemals der Arbeiter auf Kosten Anderer, wohl aber Andere auf Kosten der Arbeiter leben können. Welcher Unterschied besteht aber zwischen dem Arbeiter, der dahin strebt, sich und seine Familie ehrlich durch die Welt zu bringen und daher eine zeitgemäße Arbeitszeit sowie einen auskömmlichen Lohn verlangt, und einem Unternehmer, welcher aus der Arbeitskraft seines Arbeiters Profit schlägt, sich aber weigert, für den seinen Reichtum Neuhenden im Falle des Unglücks einzutreten? Auf welcher Seite liegt die Unbilligkeit? Hier kann kein Zweifel obwalten; der Unternehmer, welcher den Nutzen aus der Arbeitskraft des Arbeiters zieht, hat mindestens auch die Pflicht, für den in seinem Dienst Verunglückten die Kosten und zwar vollständig zu tragen. Von Mithätigkeit kann nirgends die Rede sein, da das Geld, welches der Unternehmer zahlt, doch nur in der ausgenutzten Arbeitskraft seinen Ursprung hat. Der Artikel der „Magd. Btg.“ zeugt angeichts der Billigkeit von einer grenzenlosen Rohheit, die glücklicherweise immer seltener zu werden beginnt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 15. Dezember, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf und Kommissarien.

Das Haus genehmigt zunächst in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf, betr. die Kontrolle des Reichshaushaltsetats und beginnt dann die Berathung des Etats der Verwaltung des Reichsheeres. Referent v. Köller.

Kap. 14 der fortbauenden Ausgaben (Kriegsministerium) wird mit folgenden zwei Änderungen bewilligt: die 900 M. Dienstzulage für den Generalstabsarzt der Armee werden gestrichen und statt der geforderten 9 neuen Kanalsekretärstellen nur 5 bewilligt, beides den Anträgen der Budgetkommission gemäß.

Die Dienstzulage von 900 M. für den Generalstabsarzt hat der Kriegsminister Bronsart von Schellendorf, entgegen dem Antrage des Referenten, zu bewilligen. Das Haus entscheidet sich gegen die Bewilligung.

Kap. 17 (Militärgehilfsstellen) wird bewilligt.

Bei Kap. 19 (höhere Truppenbefehlshaber) beantragt die Kommission, statt der verlangten 3 Landwehr Inspektoren nur 2 zu bewilligen und den betr. Titel um 10 548 Mark zu kürzen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf bittet, diese Position entgegen dem Antrage der Kommission anzunehmen.

Das Haus, mit Ausnahme der Konservativen und Nationalliberalen, lehnt die Mehrforderung nach dem Kommissionsvorrichtlage ab.

Im Kapitel 22 (Generalstab und Landesvermessungswesen) werden für 52 Offiziere im Nebenetat für wissenschaftliche Zwecke (darunter 7 neu beantragte Stellen) 1 002 345 M. verlangt. Die Kommission beantragt, nur 2 von den 7 neuen Stellen zu bewilligen und demgemäß jene Summe um 10 800 M. zu ermäßigen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: So dankbar ich auch das Entgegenkommen der Kommission gerade diesem Kapitel gegenüber anerkenne, so bin ich doch verpflichtet, hier nochmals die Bitte auszusprechen, die geforderten Mittel für diese fünf Melanoszenten zu bewilligen.

Die Mehrforderung wird gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Bei Kap. 24 (Geldverpflegung der Truppen) bringt Abg. Febr. v. Duol wie im vorigen Jahre die Quartier- und Lebensmittelenentschädigung während der Manöver zur Sprache. Die Preise der Lebensmittel in den einzelnen Landesstellen sind sehr verschieden und die Entschädigungen für die gebotenen Leistungen in Folge dessen häufig ganz unangemessen. Es bestätigt sich, daß selbst kleinere Gemeinden ihr Budget ganz bedeutend belastet haben, um ihre Quartiergeber zu entschädigen für das Manöval an Verpflegungsgeldern. Es ist eine Unbilligkeit, daß die wegen ihrer geographischen Lage zu Manöver vorzugsweise benutzten Gebiete die Hauptkosten tragen. Die Kosten müßten von der Gesamtheit getragen werden. Tit. 1 wird mit einem Abstrich von 900 M. für einen Sekondeleutnant (in Konsequenz der Ablehnung des dritten Landwehr Inspektors) bewilligt.

Im Tit. 3 figuriren 605 Bahlmeister mit einem Gehalt von 1650 bis 2700 Mark, durchschnittlich 2044,46 Mark, 300 M. mehr als im vorigen Etat. Die Kommission beantragt, diese Erhöhung des Minimalgehalts abzulehnen und den Durchschnittsgehalt auf 2000 M. zu normiren.

Die Mehrforderung wird gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und des Abgeordneten Lipke abgelehnt.

Tit. 8 enthält unter Anderem die für Kommandoanlagen beantragte Mehrforderung der Regierung von 684 252 Mark. Die Kommission beantragt 479 000 Mark, d. h. die Vermehrung der Kommandoanlagen für die höheren Chargen zu streichen und nur die Erhöhung der Kommandoanlagen für die Subalternoffiziere von 1,20 M. auf 2 M. pro Tag mit 205 252 M. zu bewilligen.

Der Antrag der Kommission wird mit großer Mehrheit — nur einzelne Konservative stimmen dagegen — angenommen; und werden in Folge dessen im preussischen Etat 479 216 M., im sächsischen 36 600 M. und im württembergischen 28 002 M. gestrichen.

Bei Kap. 25 (Naturalverpflegung) erwidert auf die Vorhin bei Kap. 24 vom Abg. von Duol angeregte Frage.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf, daß er die Klagen nicht für gerechtfertigt halte, doch sei er bereit, die Frage von Neuem in Erwägung zu ziehen.

Es befindet sich ferner in diesem Kapitel bei Titel 4 (Brod- und Fourageverpflegung) zur Erhöhung der täglichen Fouragerationen um je 250 Gramm Hafer eine Mehrforderung, von welcher die Kommission drei Viertel (den Betrag für neun Monate), im preussischen Etat mit 895 034 Mark, streichen will. Außerdem hat die Kommission die Rationserhöhung für sämtliche Offizier-, Militärarzt- und Militärbeamten-Pferde gleichfalls gestrichen.

Der Antrag der Kommission wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen; in Konsequenz davon werden

im sächsischen Etat 67 305 Mark und im württembergischen 45 121 M. gestrichen.

Bei Kapitel 26 Titel 6 (Beschaffung des Bedürfnisses an Tuch für die Truppen) werden 431 000 M. weniger gefordert, als im Vorjahre. Das Kapitel wird bewilligt.

Zu Kap. 31 „Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften auf dem Marsche“ beantragen die sozialdemokratischen Abgeordneten:

a) als Titel 1a einzufügen: „für die Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrlaute: für Preußen 2 000 000 M., für Sachsen 100 000 M., für Württemberg 50 000 M.“

b) unter Titel 1a folgende Anmerkung aufzunehmen:

„Anm. Das Geld wird als Berechnungsgeld bewilligt. Die Kriegsministerien haben auf Ansuchen der Beteiligten nach Zahl der Familienglieder und nach der Vermögenslage aus diesen Fonds einen ausreichenden Unterstüßungsbeitrag zu leisten, dem der Verdienst der zu den Truppen eingezogenen Reservisten oder Landwehrlaute zu Grunde zu legen ist.“

Abg. Haupt: Der von uns eingebrachte Antrag entspringt einer dringenden Nothwendigkeit. Ich bin verwundert, daß er nicht längst von Seiten der Rechten gestellt worden ist, die fortwährend auf die Schlagfertigkeit des Heeres und die Gefahren einer Verminderung hinweist. Nach Absolvierung der dreijährigen Dienstzeit tritt der größte Theil der Wehrpflichtigen, vor Allem die Arbeiter, in geregelte Verhältnisse, und die Einziehung zu den 12tägigen Uebungen bringt einen Ausfall an ihrem Arbeitsverdienst mit sich, den sie ihrer Familien willen durchaus nicht ertragen können. Müßten sie 12 Tage ihre Erwerbsthätigkeit ganz und gar dem Staate opfern, so ist der letztere auch verpflichtet, sie einigermaßen dafür zu entschädigen. Ebenso steht es mit den Geschäftsleuten, die für dieselbe Zeit aus ihrem Wirkungskreise herausgerissen werden. Wir müssen den Reservisten und Landwehrlaute wenigstens die Berechtigung geben, diese Entschädigung zu fordern. Wenn sie aus Patriotismus darauf Verzicht leisten, so steht dem ja nichts im Wege. Wenn Sie dem Antrage beistimmen, so werden Sie (nach rechts) sowohl bei dem Arbeiterstande als bei den Geschäftsleuten im Kredit entschieden steigen. Die Mittel für die Durchführung des Antrages könnten sehr leicht durch Erspargung von anderen Stellen des Militäretats, z. B. durch Reduktion der Rationenzahl bei den Offizierpferden, aufgebracht werden.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf: Dieser Antrag, ob er nun angenommen wird oder nicht, kann nach meiner Meinung niemals zu einer Belastung des Militäretats führen. Denn die Familien der zur Uebung eingezogenen Mannschaften stehen in gar keinen Beziehungen zur Militärverwaltung, und zwar aus einem sehr einfachen Grunde. Wir sorgen (und es ist ja sogar in diesem Etat eine besondere Forderung dafür eingestellt und ihr auch von Ihnen zugestimmt) für die Frauen der aktiven Militärs, und zwar aus dem sehr guten Grunde, weil wir es in der Hand haben, durch Genehmigung oder Verweigerung des Konsenses diese Sache in einer gewissen Grenze zu halten. Jeder Mann des Beurlaubtenstandes ist vollständig frei in der Eheschließung, und es ist also eine Verbindung mit dem Militäretat meiner Meinung nach absolut nicht anzuerkennen. Sollte dem Antrage überhaupt eine Folge gegeben werden — ich bin garnicht in der Lage, mich für oder gegen ihn auszusprechen; mir sind die Verhältnisse garnicht bekannt, ich habe mich um die Frauen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes, denen ich ja selbstverständlich alles Gute wünsche, nicht zu bekümmern. In dem Militäretat gehört die Sache meiner Meinung nach absolut nicht.

Abg. v. Köller: Dieser Antrag hat der Kommission nicht vorgelegen, ich kann mich deshalb in meiner Eigenschaft als Referent über denselben nicht äußern. Der Antrag, der wohl auf den Beifall der Rechten berechnet ist, geht für diesen Zweck eigentlich nicht weit genug. Jeder Mensch weiß, daß 90 bis 95 pCt. der Ersatzreservisten weder Frau noch Kinder hat. Auf dem Lande heirathet mit 22 Jahren nur ein verschwindend kleiner Theil und mit 23 Jahren nur 15 pCt. Die Landwehrlaute aber werden auf etwa 14 Tage, also eine so kurze Zeit eingezogen, daß bei ihnen ein wirklicher Nothstand gar nicht vorliegt. Man könnte höchstens eine Resolution annehmen, in der ein solcher Wunsch für das nächste Etatsjahr ausgesprochen wird. Möchten die Herren sich doch lieber an der Kommission betheiligen, damit würden sie der Sache einen größeren Dienst leisten, als mit solchen Plagpatronen, die sie in die Luft schießen.

Abg. Haupt: Der Herr Abg. Köller scheint den Antrag nicht verstanden zu haben. Auch meine Partei ist allerdings nicht für den Antrag in der vorliegenden Form. Eine Entschädigung nicht für die Ersatzreservisten, wohl aber für die Reservemannschaften, die schon außer Dienst sind, halten auch wir für geboten. Es ist ja auch von der Reichsregierung ein Gesetz verheißen worden zur Unterstüßung der zur Fahne einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes; dazu gehören auch die, welche zur Uebung eingezogen werden. Wenn die Reservisten zu achtwöchentlichen Uebungen angehöben werden, so sind sie, soweit sie den ärmeren Ständen angehören, außer Stande, während der Zeit ihre Familien zu ernähren, die dann der Armenpflege zur Last fallen. Ich beantrage Namens meiner Fraktion, den Antrag an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Richter: Ich glaube auch mit dem Abg. v. Köller, daß in dem Verhalten der sozialistischen Partei ein Widerspruch liegt, wenn sie in der ersten Berathung des Etats erklärt, daß sie den ganzen Etat ablehnt und nachher einen Antrag stellt, der Regierung noch mehr Geld, als sie selbst gefordert hat, zu bewilligen. Entweder — oder! Entweder müssen Sie (zu den Sozialdemokraten) den Standpunkt der Ablehnung konsequent durchführen, oder, wie andere Parteien, einzelnen Forderungen zustimmen, andere ablehnen. Diese Frage gehört vor das Reich und den Reichstag, wie irgend eine andere; es wird eine Entschädigung verlangt, weil die Leute dem Reiche Dienste geleistet haben. Wenn sie diese Dienste dem Reiche leisten, so müssen sie auch eine Entschädigung vom Reiche bekommen, es fragt sich nur, aus welcher Kasse. Da das preussische Gesetz vom Jahre 1850 über die Unterstüßung der Familien der Landwehrlaute und Reservisten im Kriegsfall durch die Verfassung zum Reichsgesetz geworden ist, so ist dadurch ein Rechtsanspruch nach einer Richtung schon anerkannt. Unsere Reichsgesetzgebung nimmt ja auch gegenwärtig schon Rücksicht auf die Familien der zu Uebungen eingezogenen, indem es gewisse Ausnahmen zuläßt. Dieser Antrag ist keineswegs dem sozialistischen Programm allein entspringen, es können vielmehr alle anderen Parteien eine gleich umfangreiche Stellung zu demselben einnehmen. Um Ersatzreservisten handelt es sich gar nicht, wie Herr v. Köller annimmt. Wir haben alle Ursache, daß die schweren Lasten der allgemeinen Wehrpflicht nach Möglichkeit erleichtert werden. (Beifall links.)

Abg. Harm: Den Beifall der Massen hat Herr von Köller nützlich, als wir Sozialdemokraten. Er hat in seinem bekannten schulemeisterlichen Tone uns unsere Nichtbeachtung an den Budget-Kommissionsberatungen vorgeworfen. Warum macht man uns diese Beifügung und überhaupt den längeren Aufenthalt in Berlin durch Nichtgewährung von Diäten unmöglich? Wenn die Reservisten ihre Familien nicht ernähren können, fallen sie der Armenpflege anheim und gehen ihres Wahlrechts verlustig. (Präsident v. Bodelschwingh rügt den Ausdruck „schulmeisterlichen Ton“ als unparlamentarisch.)

Abg. v. Köller: Den Vorwurf des Abg. Haast, ich hätte den Antrag nicht verstanden, weise ich zurück; Kap. 31 handelt ausdrücklich nur von den Ersatzreservisten. Herr Richter sprach von einer Einziehung auf 8 Wochen, die Reserve- und Landwehr übt aber hauptsächlich nur 14 Tage.

Abg. Auer: Wir haben unseren Antrag zu Kap. 31 auf ausdrücklichen Wunsch des Bureaus gestellt. Es heißt in der Ueberschrift der Position: Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften. Wie waren also zur Einbringung an dieser Stelle durchaus berechtigt. Nicht bloß der Diätenmangel hindert uns, an den Kommissionsberatungen theilzunehmen, sondern auch der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten. Wir werden uns allerdings im nächsten Jahre an den Verhandlungen der Budgetkommission betheiligen. Den Vorwurf der Kommission, den auch der Abg. Richter, ein Freund des parlamentarischen Lebens, uns macht, weise ich zurück. Wir lehnen den Etat nur deshalb im Ganzen ab, weil wir damit prinzipiell erklären wollen, daß wir mit dieser Regierung nicht einverstanden sind. Mit der Kommissionsberatung des Antrages bin ich einverstanden.

Abg. Richter: Herr Auer scheint fast in seiner Bescheidenheit zu glauben, daß Herr Köller in die Budgetverhältnisse eingedrungen sei. Herr Köller tritt allerdings mit einer Sicherheit auf, daß Richter, der von den Sachen nichts versteht, glauben könnte, Herr Köller wisse sehr viel davon. Er weiß aber vom Militäretat sehr wenig, viel weniger vielleicht als Herr Auer selbst. Im Text des Etats steht ausdrücklich Verpflegung der Ersatz- und Reservemannschaften. Die Herren lesen das nur nicht genau. Gernern hat Einer das Komma übersehen, heute ein Anderer das „und“. Aus Seite 73 des Etats geht hervor, daß 15 000 Reservisten 7 bis 8 Wochen zu dienen haben. Auch das hat Herr v. Köller nicht gelesen.

Abg. Graf v. Helldorf hält die dem Antrage Harm zu Grunde liegende Idee für eine richtige und wird deshalb für eine Verzahnung desselben in der Kommission stimmen.

Referent v. Köller: Herr Richter hat von dem bescheidenen Standpunkte gesprochen, den Herr Auer in Etatsfragen einnehme. Es sollte sich ein Jeder bemühen, einen bescheidenen Standpunkt einzunehmen. Ich bin hier und da gefragt worden, ob wohl Herr Richter die bescheidene Haltung, die er bei der Etatsberatung gezeigt, weiter beibehalten werde, und ich habe darauf gesagt, es wäre wohl zu hoffen. Jetzt bedauere ich es, gesagt zu haben. (Gelächter.) Herr Richter hat mir, wie schon früher einmal, wieder vorgeworfen, ich hätte die Nase nicht ins Buch gesteckt und den Etat nicht angesehen. Ich will Ihnen nur kurz sagen, weshalb der Antrag Harm nicht bisher zu Kap. 31 gehört: Derselbe giebt der Regierung die Mittel zum Transport der Ersatzreservisten zum und vom Truppenheil. Der Antrag gehört also gar nicht hierher.

Abg. Richter: Man muß eben, um den Etat und dessen Positionen zu verstehen, auch die Erläuterungen lesen. Herr v. Köller vergißt eben, daß ich ihm nachgewiesen habe, daß diese Position nicht von Ersatzreservisten, sondern von Reservisten handelt. In der Erläuterung steht ausdrücklich, daß im nächsten Jahre 15 000 Reservisten auf 7 bis 8 Wochen zur Uebung eingezogen werden. Deshalb ist die Behauptung falsch, daß der Antrag zur unrichtigen Position gestellt ist. Es giebt keine solche, welcher der Antrag seiner Natur nach näher stände. (Zustimmung links.)

Der Antrag Harm wird hierauf der Budget-Kommission überwiesen, der Rest des Kapitels unbeanstandet genehmigt.

Um 5 Uhr wird die weitere Beratung des Militär-Etats bis Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Kommunales.

Resultate der Stichwahlen.

Die gestern vollzogenen Stichwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung haben folgendes Resultat ergeben:

8. Wahlbezirk: Vortmann (lib.) 1171, Widenbach (B.-P.) 1042 Stimmen. Gewählt Vortmann.
10. Wahlbezirk: Mühlberger (lib.) 657, Meyer (B.-P.) 643. Gewählt Mühlberger.
25. Wahlbezirk: Krampf (B.-P.) 611, Franke (Arbeiterpartei) 469. Gewählt Krampf.
26. Wahlbezirk: Vimprecht (B.-P.) 917. Koblert (lib.) 890. Gewählt Vimprecht.
32. Wahlbezirk: Hoffmann (B.-P.) 947. Fleischer (lib.) 931. Gewählt Hoffmann.
34. Wahlbezirk: Hellriegel (lib.) 671. Böhl (Arbeiterpartei) 616. Gewählt Hellriegel.
38. Wahlbezirk: Wallich (B.-P.) 626. Bluth (lib.) 526. Gewählt Wallich.
40. Wahlbezirk: Geride (lib.) 1221. Müller (B.-P.) 1029. Gewählt Geride.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 17. Dezember c., Nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für Petitionen — ein Naturalisationsgesuch — Wahl des Stadtverordneten-Vorstandes — Bericht: Stellung über die Vorlage, betr. den Bau einer Interimtsbrücke für den Neubau der Rolkebrücke — Vorlage, betr. die erfolgte Bauabnahme der neuen Gemeinde-Doppelschule in der Bürgerstraße — desgl., betr. die Beschaffung von zwei neuen Löschzügen für die hiesige Feuerwehr — desgl., betr. die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Vorbereitung der Angelegenheit wegen Aneinanderung der Stelle eines städtischen besoldeten Sanitäts-Beamten — desgl., betr. die erfolgte Bauabnahme der neuen Gemeinde-Doppelschule in der Kulinstraße — Etat für die Verwaltung des Gemeindefonds — Belohnungs- und Unterstützungsfonds pro 1. Januar 1886 bis ultimo März 1887 — Vorlagen, betr. den Ankauf einer Parzelle des Grundstücks Skaligerstr. 55/56, so wie des Grundstücks Derflingerstr. 18 a zu Gemeindefundzwecken — 9 Rechnungen — Vorlage, betr. den Ablauf der Wahlzeit eines Bürger-Deputierten bei dem Kuratorium des Zentral-Viehbofs — Bericht: Stellung über einige Pensionierungsfälle, so wie über eine Anstellungssache — desgl. über die Vorlage, betr. den Ablauf der Wahlzeit von zwei Rathshamermeistern — drei Unterstützungsfälle — Vorlage, betr. die Feier eines Jubiläums.

Lokales.

Es scheint, daß die Universitätsbehörden es nicht gern sehen, wenn man von der Häufigkeit der Diebstähle in den Auditorien spricht. Anders können wir uns wenigstens das Dementi nicht erklären, das jüngst einem unserer Bericht-erstatler gegeben wurde. Im Allgemeinen sind wir geneigt, solche Anstandsbedenken zu berücksichtigen. Folgendem Brief, der uns von einem Studenten der Medizin unterm 10. Dezember zugegangen ist, glauben wir jedoch berücksichtigen zu müssen: „Wir ist heute ein neuer, werthvoller Winterüberzieher aus der Garderobe der Klinik in der Biegelstraße während der Vorlesung Prof. v. Bergmann's gestohlen worden. Diebstähle sind in diesem Winter bereits öfter vorgekommen

und auch in früheren Jahren sind sie nicht ausgeblieben. Schuld daran sind die mangelhaften Garderobe-Einrichtungen sämtlicher medizinischen Institute, in denen die Kleidungsstücke ohne jede Aufsicht und ohne jeden Verschluss, auf Treppen und Korridoren (z. B. in der Charité) herumliegen. Das ließe sich leicht ändern, wenn man von jedem Studierenden jedes Semesters einen kleinen Beitrag erheben wollte, um dafür einen Aufseher zu bezahlen. Sicher wäre jeder Studierende zu solcher Beisteuer bereit, wenn er darauf rechnen könnte, dafür sein Eigentum unverletzt zu erhalten.“ Der Vorschlag scheint uns wohl ausführbar. Die Berliner Studentenschaft, die viel Gemeinsinn besitzt, würde die Sache auch ohne Hilfe ihrer Behörde ausführen können. Doch würden wir es für nicht zu viel halten, wenn die Behörde sich der Sache annähme. Solche Zustände sind einer großen Anstalt nicht würdig.

j. Verhaftung eines ital. Grafen. Die „Mailändische Lombardia“ erhält aus Berlin folgendes Telegramm vom 8. Dezember: „Die hiesige Polizei verhaftete im Zentral-Hotel den ital. Grafen M. Derselbe hatte beim reichen Bankier H. in der L.-straße einen schweren Erpressungsversuch gemacht, nachdem er dessen Ehefrau in Rom verführt gehabt. Der Bankier H. beantragte die Beisehung, auf welche am 5. Januar 1886 vor der 13. Zivilkammer des Landgerichts I erkannt werden dürfte. Man versichert, der gräfliche Erpresser sei aus Mailand gebürtig.“ Die Italiener scheinen eine besondere Anziehungskraft auf die „Damen“ der Geldaristokratie auszuüben. In Pflanzsee vergeht ihnen hoffentlich die Lust, geprellte Ehemänner noch außerdem zu schröpfen.

Aus dem reich illustrierten Mode- und Handarbeiten-Zeichner des soeben, 30 Seiten stark, erschienenen Heftes „Mode und Haus“ praktische illustrierte Frauenzeitschrift (John Schwinns Verlag, Aktien-Gesellschaft, Berlin W. 64. Abonnementspreis pro Quartal 1 M.) heben wir hervor: Modedres von Emmy Heine, 3 Gesellschaftskollekten, Morgenkleid aus blauem Flanel, Kleid aus Vodenstoff und Blausch, 4 Knaben- und Mädchenanzüge, 3 Kinderhüte, Härtelarbeit, Nähmaschinen, Schellen-Gardinen, Dessin zu einem Handbuchkasten u., sämtlich mit Abbildungen. Der Hauptteil enthält unter anderen sehr interessanten Mittheilungen: eine Weihnachtsidylle, Haushalt-Silhouetten, goldene Dichtersprüche, gut gewählte Lebensregeln, Aufsätze über Erziehungswesen, die Gesundheitspflege, ferner Hausmittel, Küchenzettel und einen sehr vielseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch (Beiträge der Abonnentinnen). Die illustrierte belletristische Beilage von „Mode und Haus“ bringt als Titelbild (nach einem vorzüglichen Photographum für „Mode und Haus“ auf Holz gezeichnet) die königlich preussische Opernsängerin Fräulein Lola Beeth, das durch eine mit einem Kaskinbild der hervorragenden Künstlerin verlebene Selbstbiographie doppelt an Reiz gewinnt. Der anderweitige, das Weihnachtsfest gleichsam einleitende Text wirkt besonders sympathisch durch zwei der Heiterkeit und dem Ernst gewidmete Illustrationen. Erstere eine Original-Bezeichnung für „Mode und Haus“ mit lustigen Weihnachtswünschen, letztere mit stimmungsvollem Gedicht, ein abendlicher Ritzebogen mit Mondscheinbeleuchtung. Der Hinweis auf ein Bräutigamsbüchel, das ohne Einsatz Lotteriehancen bietet (Gewinn: ein elegantes Kostüm zum Einkaufspreis von 300 M.) wird die Jugtrakt der beliebten Zeitschrift noch erhöhen.

Polizei-Bericht. In der Nacht zum 14. d. M. entstand in einem Schanklokal in der Großen Hamburgerstraße zwischen mehreren Perlonen Streit, bei welchem der Kommissär Gänger dem Arbeiter Ehler ein Glas Bier ins Gesicht goß. Letzterer ergriff hierauf sein Bierglas und warf es dem ersteren mit solcher Gewalt ins Gesicht, daß dieser schwer verletzt wurde und nach dem jüdischen Krankenhaus geschafft werden mußte. — Am 14. d. M. Morgens fiel eine Frau, als sie auf dem Hofe des Grundstücks Wärdernstr. 120a mittelst einer Leiter auf einen Boden steigen wollte, mit der Leiter um und erlitt durch den Fall bedeutende Verletzungen. — An demselben Tage Mittags wurde der Viehhändler Starke aus dem Zentral-Viehbof von einem Stier derartig gegen das rechte Knie geschlagen, daß er, anscheinend schwer verletzt, nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — Einige Zeit später hatte der Rutscher Rutter, der vor dem Hause Büchelstr. 36 in Friedrichsberg damit beschäftigt war, Vieh abzuladen, einem Knaben einen Stier zum Fahren übergeben. Der Stier riß sich los, durchrannte die Vorgängersstraße, die Frankfurter Allee und die Große Frankfurterstraße und wurde schließlich auf dem Hofe des Hospitals dort wieder eingefangen. In der Frankfurterstraße wurde ein neun Jahre altes Mädchen von dem Stier überrennt, erlitt jedoch nur leichte Verletzungen.

Gerichts-Zeitung.

Der Mainzer Doppelmord vor dem Schwurgericht. Mainz, den 15. Dezember 1885.

Erster Tag der Verhandlung.

v. k. Ein schauerhaftes Verbrechen, das in den Annalen der Kriminal-Justiz fast ohne Beispiel dasthet und noch immer in ein gewisses Dunkel gehüllt ist, gelangte heute vor dem Forum des hiesigen großherzoglich heffischen Schwurgerichts zur Verhandlung. Es dürfte den Lesern noch erinnern sein, daß am Morgen des 27. August d. J., etwa gegen 6 Uhr, im Rheinstrom hier selbst, in der Nähe des Dampftrahnes der Taunus-Eisenbahn, ein vollständig entblöhter männlicher Leichnam aufgefunden wurde. Kopf, Arme, Beine und Genitalien waren in höchst kunstgerechter Weise, anscheinend mit einer Säge, von dem Rumpfe getrennt. Am Nachmittag desselben Tages durchreiste abermals eine Sprechensbotschaft die hiesige Stadt. In dem Hause Fürstbergerhof Nr. 3 war von mehreren Leuten die Wahrnehmung gemacht worden, daß aus der im ersten Stockwerk befindlichen Wohnung Blut herausströmte. Die hiervon benachrichtigte Polizei ließ die Wohnung von einem Schlosser öffnen und nun bot sich den Eintretenden ein furchtbarer Anblick dar. Der Fußboden des Bothe'schen Wohnzimmers glück einer großen Blutlache. Das ganze Zimmer war bis an die Decke mit Blut bespritzt, die Wände starrten vor Blut, so daß kein Zweifel war, die Stube habe die Stätte einer Mordthat gebildet, der ein heftiger Kampf zwischen den Mörderin und dem Ermordeten vorangegangen sein muß. Und in der That in einem ebenfalls vollständig mit Blut bespritzten Bette lag Frau Bothe in gräßlicher Weise ermordet da, der ober der Mörder hatten ihr anscheinend mit einem Hammer den Hinterkopf geschlagen.

Die Kriminalpolizei entwickelte sofort eine geradezu fieberhafte Thätigkeit, um das Dunkel dieser beiden furchtbaren Verbrechen zu lichten, jedoch zunächst ohne Erfolg. Dagegen stellten die medizinischen Sachverständigen sehr bald fest, daß die im Rheinstrom gefundene verstümmelte Leiche nur wenige Stunden im Wasser gelegen und daß in den Magen beider Ermordeten die gleichen Speiereste (grüne Bohnen) sich befanden, die der Verdauung nach zu urtheilen, zu gleicher Zeit genossen waren. Es gewann daher den Anschein, daß beide Mordthaten in der Bothe'schen Wohnung geschehen waren. Ja, die weitere Untersuchung ergab, daß die ermordete Frau Bothe augenscheinlich zunächst dem Mörder Hilfe geleistet hat und daß alsdann sie selbst ebenfalls das Opfer dieses Unmenschen geworden ist. Die Ermordete, die seit langer Zeit unter sittenpolizeilicher Kontrolle stand und die „rothe Gretel“ genannt wurde, war seit etwa 4 Wochen mit dem 31-jährigen Schuhmacher Bothe, einem sehr äbel beleumdeten Manne, verheiratet. Da Frau Bothe, trotz ihrer Verheirathung, noch immer ihrem unsauberen Gewerbe nachging und ihr Gatte scheinlos verschwendung war, so lenkte sich der Verdacht der Thäterschaft zunächst auf diesen. Diese Vermuthung gewann um so mehr an Wahrscheinlichkeit, da Frau Bothe noch am Abende des 26. August in Gesellschaft von Männern gesehen wurde

und die Haut der im Rhein aufgefundenen Leiche auf einen Mann schließen ließ, der den besseren Ständen angehörte.

Allein am Spätabende des 27. August wanderte in dem benachbarten Laubenheim ein wild ausschender Mann die Dorfstraße entlang. Er lehrte in einer dortigen Gastwirtschaft ein und bat, ihm Nachtquartier zu gewähren. Die Kunde von dem geschenen Verbrechen war jedoch auch bereits nach Laubenheim gedrungen. Man mißtraute daher dem unheimlich aussehenden Menschen und benachrichtigte von seiner Anwesenheit den Bürgermeister des Dorfes. Dieser erschien sehr bald in Begleitung eines Gendarmen. Da der Fremde, der sich Müller nannte, sich nicht legitimiren konnte, so wurde er in Haft genommen. Nun wurde festgestellt, daß der Verhaftete der Schuhmachergeselle Herbst aus Mainz war. Es wurde ferner festgestellt, daß Herbst bei Bothe als Geselle gearbeitet und mit der ermordeten Frau Bothe ein intimes Liebesverhältnis unterhalten hatte. Anlässlich dessen soll es sehr häufig zu argen Ausbrüchen zwischen Bothe und Herbst gekommen sein. Ferner waren die Kleider des Bothe voll mit Blut bespritzt und im Weiteren fand man im Acretsaufe zu Laubenheim, in dem Herbst in der Nacht vom 27. zum 28. August zugebracht hatte, in einem Versteck einen Schlüssel, der zu der Bothe'schen Wohnungstür paßte, und einen den Bothe'schen Eheleuten gehörigen Trauring. Herbst hatte sich einige Tage vor dem Morde auf der hiesigen Messe eine Reise-tasche gekauft.

Am Nachmittage des 27. August ist er mit dieser Tasche, die anscheinend mit schweren Gegenständen angefüllt war, gesehen worden. Diese Reisetasche, über deren Verbleib er jede Auskunft verweigerte, wurde nach längerer Zeit im Abort der Gastwirtschaft „zum Trübchen“ ohne Inhalt aufgefunden. Des Weiteren ist festgestellt, daß am Abende des 26. August Frau Bothe in der Nikolaischen Wirtschaft anscheinend auf Herbst gewartet hat. Als Herbst erschien, unterhielten sich Beide sehr lebhaft im Flüsterton. Bei dieser Gelegenheit wollen Leute gehört haben, daß Herbst zu der Bothe gesagt: „Es kann ja nicht heraus kommen.“ Erst gegen 9^{1/2} Uhr soll Herbst mit der Bothe sich in die Wohnung der letzteren begeben haben. Gegen 9 Uhr Abends drang aus der Bothe'schen Wohnung ein furchtbares Geschrei und man hörte einen schweren Gegenstand zur Erde fallen.

Derartige Vorkommnisse waren jedoch in der Bothe'schen Wohnung nichts Seltenes, und da bald darauf Todtenstille eintrat, so wurde diesem Lärm von den übrigen Hausbewohnern keine Bedeutung beigelegt. — Während solcher Gestalt die Behörde alle Heden in Bewegung setzte, um die Person des Mörders festzustellen, entwickelte sie andererseits eine rastlose Thätigkeit, um die fehlenden Körperteile des im Rhein entdeckten Leichnams aufzufinden. Der Rhein wurde wiederholt von geübten Tauchern, jedoch vergeblich, untersucht.

Endlich am 12. Oktober fand man im Abort der Wirtschaft „Zur Stadt Mainz“ einen rechten Oberschenkel und am 20. Oktober in einem Abort der Wirtschaft „Zum Tannenbaum“ einen linken Oberschenkel und — den Kopf des Bothe in entsetzlich verstümmelter Weise. Die Zunge hing weit zum Halse heraus und die Schädeldecke war anscheinend mit einem sehr scharfen Instrumente zertrümmert. Dagegen ist es bisher noch nicht gelungen, die Unterschenkel, die Arme, die Genitalien und die Kleidung des Ermordeten aufzufinden. Trotzdem scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß der im Rhein aufgedundene Leichnam der des Bothe ist.

Herbst, der sich nun heute wegen beider Mordthaten vor den Schranken Eingang's bezeichneten Gerichtshofes zu verantworten hat, leugnet beharrlich, der Thäter gewesen zu sein. Als er gleich nach seiner Verhaftung zu der ermordeten Frau Bothe geführt wurde, soll er in lautes Wehklagen ausgebrochen sein und mehrfach „Arme Gretel“ gerufen haben.

Herbst heißt mit Vornamen Georg Friedrich; er ist am 19. Mai 1835 zu Mainz geboren, katholischer Konfession, un-
verheirathet und vielfach wegen schweren Diebstahls mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft.

(Fortsetzung folgt.)

Vereine und Versammlungen.

Mit der Bitte um Veröffentlichung desselben erhielten wir folgendes Schreiben: In dem Bericht der gestrigen Nummer über die öffentliche Versammlung für Frauen und Mädchen steht; ich habe versucht, das Fehlen der Marken durch den Masseneintritt zu entschuldigen. Dies ist wohl von dem Bericht-erstatler irrtümlich aufgefaßt worden; ich habe ausdrücklich angeführt, daß die unvollständige Buchführung nicht durch meine Schuld entstanden ist. Es handelt sich um Nichteintragung von 1131 Quittungsmarken, für welche jedoch das Geld vorhanden war. Dieser Fehler entstand dadurch, daß erstens der Kontrolleur Röhring bei der Aufnahme angeblich Listen verloren haben wollte und wir dann nicht wußten, auf welchen Namen dieselben eingetragen werden sollten. Ferner mußte ich zu Anfang des Monats Februar alle auf den Namen Günther lautende Bücher einzeln, weil ich ebenfalls nicht wußte, für wen die Bezahlung einzutragen sei. Außerdem sind mehrere Bücher mit doppelten Nummern und Namen vorhanden gewesen. Daß also unter solchen Umständen von einem richtigen Eintragen nicht die Rede sein kann, liegt wohl klar und ebenso, daß mich keine Schuld trifft, da von mir kein Buch und keine Liste ausgefüllt wurde. Durch das schlechte Schreiben kommen jetzt auch noch sehr viele Fehler vor, laut Bestätigung des jetzigen Kassirers. Auch sind am Tage der Uebernahme, wo der Vorstehende Herr Richter und der jetzige Kassirer nur allein gearbeitet haben, 68 Marken verkauft, aber nicht gebucht worden. Ich bin nicht meines Amtes entsetzt, sondern habe laut Protokoll der Hauptversammlung vom 12. April d. J. unter solchen Verhältnissen mein Amt in dieser Kasse niedergelegt. Zum Schluß will ich noch bemerken, daß nur 659 Marken fehlen, nicht 689. Am 4. und 5. April war Revision, da stimmte Geld wie Beläge und Marken bis auf ein Marko von 4 M. 50 Pf. genau, welches ich sofort deckte, laut Unterschrift des Vorstehenden und Kontrolleurs, und was wohl bei einer Ein-
nahme von 12 248 M. 60 Pf. und einer Ausgabe von 10 907 M. 75 Pf. den Verhältnissen nach entschuldbar ist. Am 6. und 7. April war Ostern, die Kasse also geschlossen. Am Tage der Uebernahme wurden die innerhalb 5 Tagen ver-
kauften Marken, Beläge und Geld wieder geprüft und stimmte dies genau; als man nun zum Zählen der vorhandenen Marken schritt, fehlten, nachdem ich alle ausstehenden Marken, welche sich in den Kassen befanden, angegeben hatte und welche der jetzige Kassirer laut seiner Bestätigung erhalten hat, die angeführten 659 Stück. Ich konnte mir nicht erklären, wo dieselben geblieben sind, und vermute, daß sie mir gestohlen wurden. Auf wen ich Verdacht habe, ist meine Sache und werde ich dies vor Gericht anführen. Öffentliche Namen zu nennen, ohne direkte Beweise in Händen zu haben, wäre wohl gefählich. Paul Schneider, Buchbinder.

hr. In der öffentlichen Versammlung der Sattler und verw. Berufsgenossen, welche am Sonntag in Gratzell's Sälen tagte, wurden über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sattler in Berlin die Resultate mitgeteilt, welche die vom Frauberein der Sattler vor einem Jahre eingesetzte Lohn-Kommission auf Grund sehr sorgfältig angestellter statistischer Erhebungen gewonnen hat. Der Bericht, den der Vorsitzende Herr Witth, erstattete, ergab, daß die von der Meisterinnung dem Magistrat gemachte Mittheilung, welcher zufolge der niedrigste Lohn wöchentlich 15 Mark, der mittlere 21, der höchste 24 Mark betragen soll, nicht zutreffend sei. Gemau-
dhichte 24 Mark betragen haben in der Wagenarbeit 12, 17 und 21 bis 24 Mark, für Mittelarbeiter nur 10, 15 und 18 Mark ergeben. Von den in Berlin vorhandenen 400 Werksstätten haben 248 (mit 650 Gesellen und 300 Lehrlingen) die ihnen

Theater.

Obernhaus.
 Heute: Der Troubadour.
Schauspielhaus.
 Heute: Faust.
Deutsches Theater.
 Heute: Das Fräulein von Sciglière.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Heute: Bariser Leben.
Residenz-Theater.
 Heute: Clara Soleil. Vorher: Die Schultreiterin.
Wallner-Theater.
 Heute: Drei Monat nach dato.
Belle-Alliance-Theater.
 Heute: Herr und Frau Hypokrates.
Balhaus-Operetten-Theater.
 Heute: Der Jagdjunker.
Viktoria-Theater.
 Heute: Messalina.
Central-Theater.
 Alle Jakobstraße 32. Direktion: Wolph Ernst.
 Heute: Zum 134. Male: Die wilde Rage. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannsdorf, Musik von G. Steffens.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Louisenstädtisches Theater.
 Direktion: Jos. Firmans.
 Heute: Der Troubadour.
Ostend-Theater.
 Heute: Theodora.
Theater der Reichshallen.
 Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
American-Theater.
 Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Kaufmann's Varieté.
 Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia.
 Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
 Dienstag, zum ersten Male:
Die Gefängnisse des Louvre,
 oder:
Der Thurm von Nesle.
 Drama in 5 Akten nach dem Französischen des Gaillardet.
 In Paris auf dem Théâtre de la Porte St. Martin über 250 Mal mit großartigem Erfolge gegeben.
 Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Konz haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe, 9 u. Morg. bis 10 u. Ab.
Kaiser-Panorama.
 Eine Reise durch Ober-Italien. Rom, Neapel. Eine Wanderung durch d. Berner Oberland.
 Weihnachts-Ausstellung: Das Leben Jesu. Jerusalem. Gertha-Reise. — a Reise 20 Bg., Kinder nur 10 Pf.

Kranken- und Begräbniskasse d. Berliner Gürtler und Bronzeure (E. H. 60).
 Die Beerdigung des Mitgliedes Robert Besche findet am Mittwoch, den 16. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Manteuffelstraße 7 aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitte!
 [245] Der Vorstand.

Warnung.

Unterschiede warnen, in der Werkstatt von Kemples, Schlefische Straße 42, in Arbeit zu treten, da die Kollegen dort wegen Lohnreduktion die Arbeit niedergelegt haben.
 Die Lohnkommission der Korbmacher.
 239

Gebrüder Maass,
 Admiralstr. 40, Ecke Skalitzerstr.
 (früher Alte Linde),
 empfehlen zum bevorstehenden

Weihnachtsfeste:

Gemahlene Zucker a 2 Pfund	55 Pf.
do. Raffinade, grob a 1 Pfund	30 "
Beste aus Broden gem. Votsd. Raffinade	35 "
Bestes Schwaner 00 Weizenmehl	15 "
Deutsches Kaiser-Auszug-Mehl	20 "
Ungarisches do.	25 "
Neue Kistinen a Pfund 35 Pf., 2 Pfund	65 "
Neue Sultaninen	30 und 40 "
Neue Corinthen I.	30 "
do. II. 25 Pf., 2 Pfund	45 "
Große neue Mandeln, süße und bittere	80 "

Cacao, Thee, Chokolade

in größter Auswahl billigst. [242]

Ferner:

Roh-Kaffee's,

frei von schwarzen Bohnen und vollständig rein im Geschmack, das Pfund von 60 Pf. an, fein im Geschmack a 70 und 80 Pf., bis zu den allerfeinsten Sorten a 100 u. 120 Pf.

Täglich frisch gebrannte Kaffee's

a 60 Pf.

Reinschmeckende,

gute, vollbohnlige Melange-Kaffee's

a 70 und 80 Pf.

Reinschmeckende Melangen a 100 und 120 Pf. Um geneigten Zuspruch bitten.
 Hochachtungsvoll

Gebrüder Maass.

Zur Winteraison

empfehle meine

Fabrik vorzüglicher Filz-, Double- u. Holzschuhe;

ebenso

Pantinen in allen Größen.

G. Geyer, so., Mariannenstraße 10, 80. [2082]

Ausverkauf in Kleiderstoffen

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Berliner Warb zu Haushleidern Meter 30, 40—50 Pf.

Eine große Auswahl moderner Kleiderstoffe in vielen sehr hübschen bunten Farbenstellungen, früher 75 Pf., jetzt Meter 40 und 50 Pf. — Eine große Auswahl Winter-Cheviots, wollener kräftiger Stoff für praktische Haus- und Straßenkleider, früher 90, jetzt Meter 50 Pf. — Ein großer Posten glatter, einfarbiger Tuch-Double-Foulés, decatierte kräftige Waare, früher 1,50, jetzt Meter 75 Pf. — Eine große Auswahl sehr hübscher Kleiderstoffe, doppelt breit, früher 2 Mark, jetzt Meter 90 Pf. und 1 Mark. — Eine große Auswahl Winterstoffe mit Bordüren, doppelt breit, Meter 1,30 bis 1,50 Mark. — Doppelt breit Tuch-Lama zu Morgenkleidern, Meter 1,20 Mark, 1,50 bis 2 Mark.

Schwarze Double-Cachemirs, Meter 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2 Mark.

Winter-Mäntel

in sehr großer Auswahl, in jeder Art, aus sehr haltbaren Stoffen, zu 12, 15, 18, 20, 25, 30 Mark.

Teppiche.

Wir verkaufen große Zimmer-Teppiche für 5 Mark, große Holländer Sopha-Teppiche 8 R. 50, Germania-Sopha-Teppiche 7 R. 50 und 11 R. 50, Brüssel-Tapestrie-Teppiche 11 R. 50 Pf., Belour-, Plüsch-Teppiche 16 R. 50. Bettvorleger 1 R.

Läuferstoffe, Meter 40, 50, 60 Pf.

Gardinen,

schöne neue Muster, Damast-Zwirn-Gardinen Meter 40, 50 u. 60 Pf., englische Zwirn-Gardinen, Mtr. 1 R. 25 u. 1 R. 50. Eine große Auswahl abgepackter Gardinen zu bekannt billigen Preisen.

Sielmann & Rosenberg, Kommandanten- und Lindenstr.-Ecke.

Großer bürgerlicher Mittagstisch, a Rouvert 45, im Abonnement 40 Bg. inkl. Bier.

Einem geehrten Publikum empfehle mein

Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.

Jeden Abend Kartoffelpuffer a 15 Pf. Zimmer für kleine Gesellschaften.

Patenhofer Ausschank a Seidel 10 Pf.

Empfehle 1 Zimmer den geehrten Vereinsvorständen der centralisirten Kranenklassen.

Achtungsvoll C. Giese, 38. Grimmstraße 38.

143

Central-Depot, Jerusalemstr. 5, nur 60c Zimmerstr.

1 Rohr
 Glas und lackierter Gerbstahlrohr für 1 Rohr, 2 Rohr, 3 Rohr, 4 Rohr, 5 Rohr, 6 Rohr, 7 Rohr, 8 Rohr, 9 Rohr, 10 Rohr, 11 Rohr, 12 Rohr, 13 Rohr, 14 Rohr, 15 Rohr, 16 Rohr, 17 Rohr, 18 Rohr, 19 Rohr, 20 Rohr, 21 Rohr, 22 Rohr, 23 Rohr, 24 Rohr, 25 Rohr, 26 Rohr, 27 Rohr, 28 Rohr, 29 Rohr, 30 Rohr, 31 Rohr, 32 Rohr, 33 Rohr, 34 Rohr, 35 Rohr, 36 Rohr, 37 Rohr, 38 Rohr, 39 Rohr, 40 Rohr, 41 Rohr, 42 Rohr, 43 Rohr, 44 Rohr, 45 Rohr, 46 Rohr, 47 Rohr, 48 Rohr, 49 Rohr, 50 Rohr, 51 Rohr, 52 Rohr, 53 Rohr, 54 Rohr, 55 Rohr, 56 Rohr, 57 Rohr, 58 Rohr, 59 Rohr, 60 Rohr, 61 Rohr, 62 Rohr, 63 Rohr, 64 Rohr, 65 Rohr, 66 Rohr, 67 Rohr, 68 Rohr, 69 Rohr, 70 Rohr, 71 Rohr, 72 Rohr, 73 Rohr, 74 Rohr, 75 Rohr, 76 Rohr, 77 Rohr, 78 Rohr, 79 Rohr, 80 Rohr, 81 Rohr, 82 Rohr, 83 Rohr, 84 Rohr, 85 Rohr, 86 Rohr, 87 Rohr, 88 Rohr, 89 Rohr, 90 Rohr, 91 Rohr, 92 Rohr, 93 Rohr, 94 Rohr, 95 Rohr, 96 Rohr, 97 Rohr, 98 Rohr, 99 Rohr, 100 Rohr.

C. Götzmann, Uhrmacher, Dresdenerstrasse 9,
 zw. Rottbuser Thor u. Oranienplatz.
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Regulatoren, 14 Tage gehend, prima Werke, von 20 Mark an,
 Wand-Uhren von 3 Mark an,
 Silbernen Cylinder-Uhren von 16 Mark an, [2746]
 Silbernen Remontoir-Uhren von 25 Mark an,
 Goldenen Damen-Remontoir-Uhren, 14-tägig, von 40 Mark an.
 Reparaturen bei 3jähriger Garantie:
 Cylinder reinigen R. 1,50
 do. neue Feder " 1,50
 Regulator reinigen " 2,00
 Regulator m. Schlagwerk reinigen " 3,00
 Wanduhr reinigen " 1,00
 do. m. Schlagwerk reinigen " 1,50

Bürsten- und Pinsel-Fabrik von W. Heyfelder,
 Nr. 7. Dresdener-Strasse Nr. 7,
 empfiehlt sein eigenes Fabrikat zu soliden Preisen. Frisch- und Staub-Räume in Gummi, Horn- und Elfenbein. Fensterleder, Schwämme, Zahn- und Nagelbürsten. Spezialität: Plafond-Bejen zur Straßen-, Hof- u. Stall-Reinigung.

Mitglieder-Versammlung
 des Fachvereins der
Steindrucker und Lithographen
 am Donnerstag, den 17. Dezbr., Abends 8 Uhr, in Gratzweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79. T. D.: 1. Vortrag des Regierungsbauamleiters Kessler über: „Die Maschine und ihre Verhältnisse im heutigen Wirtschaftssystem“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand.

N. Abrahamsohn,
 Oranienstraße 34.
 Mit dem heutigen Tage eröffne ich in meinem Geschäftslokal Oranienstraße 34 einen
Total-Ausverkauf
 von Damen-Mänteln, Damenkleidern, Morgenröcken, Unterröcken und Kleiderstoffen zu auffallend billigen Preisen gegen baare Zahlung.
Damen-Jaquets und Regenmäntel
 6 Mark.
Damen-Muffen
 3 Mark 50 Pf.
Kleiderstoff-Bester
 unter der Hälfte des Wertes.
N. Abrahamsohn,
 202 Oranienstraße 34.

Allen Freunden und Bekannten empfehle ich mein
Butz- u. Modewaaren-Geschäft.
 214] **Ernst Prüfer, Skalitzerstr. 80.**
Achtung! H. F. Dinslage, Rottbuserstraße 4, Hof part. Kein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Bigaretten 1 R. 200. Garantie rein amerikanischer Tabak.

Weihnachts-Bäume,
 direkt aus Kamerun, empfiehlt allen Parteigenossen u. Freunden
 237 **H. Holz.**
 Der Stand ist auf dem Köstritzer Platz.

Billiges Weihnachtsgeschenk!
 Der erste Jahrgang unserer
Illustrierten Sonntags-Beilage
 mit Titelblatt und Inhaltsverzeichnis ist für
75 Pfennig
 zu haben in der Expedition, Zimmer-Strasse Nr. 44.